

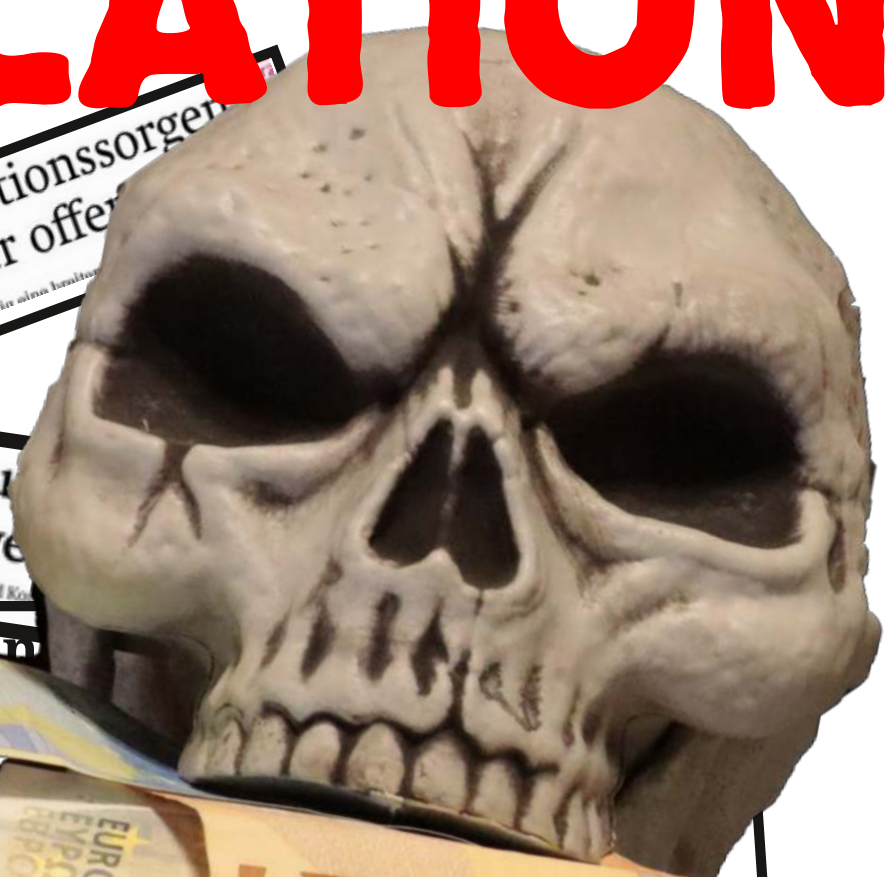
Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 47 | September 2022 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

INFLATION



EZB-Protokoll legt Inflationssorgen
der Euro-Wächter offen

... immer teurer
Im Großhandel ver
Strombörsen. Steigerung kommt bei Unternehmen und Kon

Arbeitskonferenzen
Arme werden

Inflation auf

STOPP DEM LOHNRAUB!

www.klassenkampf.net



ISSN: 2220-0657



Koste es, was wir euch nehmen ...

In Österreich weist die offizielle Statistik im Juli 2022 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres eine Inflationsrate von 9,3 % aus. Das ist die Fortsetzung einer kontinuierlichen Entwicklung, die bereits weit vor dem mit 24. Februar 2022 begonnenen Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine eingesetzt hat. Und es ist dies kein singuläres Phänomen der hiesigen Wirtschaft. Die extreme Teuerung von Energie über Wohnraum bis zu Lebensmitteln betrifft alle europäischen Länder, innerhalb und außerhalb der EU, es betrifft die USA ebenso wie lateinamerikanische Länder oder asiatische Staaten - in Sri Lanka beispielsweise wurde letztlich der korrupte Kleptokrat Gotabaya Rajapaksa von der aufgebracht Bevölkerung vertrieben. Und auch hierzulande wird mit einem „heißen Herbst“ gerechnet.

Es ist hier nicht der Platz eine wirtschaftstheoretische Abhandlung über die detaillierten Ursachen der aktuellen Teuerungskrise vorzulegen, aber in aller Kürze wollen wir doch zeigen, dass es nicht einzelne und einzigartige Ereignisse sind, wie Vertreter*innen des kapitalistischen Systems gerne behaupten, die das wirtschaftliche Gefüge an den Rand eines Kollaps treiben.

Weder sind der Ukraine-Krieg noch die Folgen der Pandemie alleine ausschlaggebend, sondern es handelt sich wie bei allen Krisen in der Geschichte des Kapitalismus um eine strukturelle Krise des Systems, welche letztlich im Wesen des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche begründet liegt.

Im Jahr 2008 gab es die sogenannte Finanzkrise, die ja selbst bereits eine hausgemachte Krise des kapitalistischen Systems war. Als Reaktion wurde von den unter Kontrolle der Bourgeoisie stehenden Zentralbanken mit extrem billigen Krediten massiv Geld in die Wirtschaft gepumpt, in der Hoffnung, damit die regelmäßig auftretende Überproduktionskrise des Kapitalismus zu bekämpfen. Da die dadurch erhöhte Geldmenge im Wirtschaftskreislauf aber mangels erfolgversprechender Investitionschancen nicht in die Realwirtschaft, also zusätzliche Produktion, floss, sondern zur Spekulation verwendet wurde, stiegen lediglich Immobilienpreise, Aktienkurse oder es boomten Kryptowährungen. Damit gab es eine erhöhte Geldmenge in den Volkswirtschaften, der keine zusätzlichen geschaffenen Werte gegenüberstanden. Daher waren bereits vor Ausbruch der jetzigen Krisen (Pan-

demie & Ukraine) die Bedingungen für inflationäre Verhältnisse gegeben.

Dann kam Corona und die bürgerlichen Regierungen drehten die Geldhähne noch weiter auf, um ihrer jeweiligen Kapitalistenklasse das Überleben zu sichern („koste es, was es wolle...“) – alleine im ersten Corona-Jahr wurden weltweit 16,5 Billionen US-Dollar in die Wirtschaft, also in die Unternehmen, geschleust, wovon das allerwenigste Geld den Arbeiter*innen direkt zu Gute gekommen ist. Nach den Lockdowns kam es zu einer markanten Steigerung der Nachfrage und wie in der Corona-Krise, wo der Ruf nach dem Staat als Krisenfeuerwehr laut war, konnte auch hier die „unsichtbare Hand des Marktes“ wenig helfen. Durch die grundlegende Anarchie des kapitalistischen Marktes und die komplexen, global vernetzten Produktionsketten kam es sehr rasch zu Lieferproblemen und Knappheit. Auch dieses der Unfähigkeit des Kapitalismus geschuldete Problem des fehlenden Angebots führte zu einer weiteren Dynamik von Preissteigerungen. Der Krieg um die Ukraine ist daher letztlich nur ein weiterer Mosaikstein, der nunmehr auch die Energie- und Lebensmittelpreise zum Explodieren brachte.

Was sind die Antworten der heimischen Parteien auf den ständigen Krisenmodus des herrschenden Kapitalismus?

Die FPÖ unter ihrem fast schon skurril anmutenden neuen Mini Leader Herbert Kickl versucht sich schon seit der Corona-Krise an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die teilweise aus Verschwörungstheoretiker*innen besteht, aber ganz stark von ideologiefesten

Rechtsextremen unterwandert ist. Sie versucht erstmals in den siebeneinhalb Jahrzehnten der 2. Republik Massen auf der Straße zu mobilisieren und im wahrsten Sinne des Wortes schlagkräftig zu werden. Das kann im erwarteten „Heißen Herbst 2022“ zu Eskalationen führen, worauf Antifaschist*innen und klassenbewusste Arbeiter*innen vorbereitet sein sollten. Dabei wird gegen den Staat polemisiert, weil er Freiheiten einschränke, und damit jeder Solidaritätsgedanke verteufelt, ebenso wie gegen alles Ausländische gehetzt wird, um einen konkreten Sündenbock anzubieten. Schaumgebremst gibt man sich im sogenannten Dritten Lager allerdings, was konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Massen betrifft, wenn es um deren Ausbeutung durch das kapitalistische System geht. Vermögens- oder Erbschaftssteuern wird es mit Freiheitlichen nicht geben, weil die individuelle Freiheit der Kapitalist*innen sich auf Kosten der Arbeiter*innenklasse stetig zu bereichern nicht in Frage gestellt wird. Viel mehr sieht die bis vor kurzem mit der Putin-Partei in Freundschaft verbundene FPÖ im Verständnis für den russischen Imperialismus gegen die amerikanische Hegemonie die Lösung und fordert demzufolge die Aufhebung der von der EU und ihren Mitgliedsländern gegen Russland verhängten Sanktionen. (*Zur Frage der Sanktionen siehe die gemeinsame Erklärung von CoReP, PCdL und ITO auf Seite 21*). Das gesamte Teuerungsthema wird damit vereinfacht auf den Sanktionsmechanismus reduziert, gewürzt mit Fremdenhass, Leugnung der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise verursachte Klimaveränderung und Coronaschwurbelmief.

Die ÖVP taumelt seit der Entzauberung des türkisen Poster-Feschisten Sebastian Kurz durch die politische Arena und ist nach der nasalen Zwischenstation des Aristo-Diplomaten „Graf“ Schallenberg nunmehr beim durch die Zähne zischenden Karl Nehammer angelangt, einem Parade-Türkisen und ÖVP-NÖ Urgestein, der allerdings einen Hang zum politischen Untergang hat. Von der ÖVP

ist als standesgemäßer Vertreterin des heimischen Kapitalismus ohnehin nichts zu erwarten, was die Arbeiter*innenklasse betrifft, aber die Bourgeoisie des Landes ist sicherlich alarmiert, wenn Umfragen die ÖVP bereits wieder unter 20% Zustimmung sehen. Dabei bemüht sich die türkisch-schwarze Partei ohnehin überall, wo es geht, die Möglichkeiten, die der bürgerliche Staat bietet, zu Gunsten der kapitalistischen Klientel auszunützen. Stichwort COFAG: diese Bundes GmbH wurde sehr freihändig vom mittlerweile in die „Privatwirtschaft“ abgewanderten Finanzminister und engstem Kurz-Vertrauten Gernot Blümel eingerichtet, um die wirtschaftlichen Negativfolgen der Corona-Krise zu bekämpfen. Tatsächlich zerpfückt ein Rohbericht des Rechnungshofes Entstehung und Handlungsweise der COFAG und stellt fest, dass ein türkischer Günstling als Manager mehrfach überbezahlte Funktionen innehatte und dass es zu massiven Überförderungen gekommen ist. Handelsbetriebe, die kaum Einbußen zu verkraften hatten, wurden aufgrund von Konstruktionen mit Tochtergesellschaften mit Millionen zugeschüttet, ebenso wie sich unter den Top-Ten Geförderten gleich 4 Bergbahngesellschaften befanden. Ein Zusammenhang zwischen Spendenbereitschaft von Unternehmer*innen für die türkische ÖVP und Bereitschaft des vom türkischen Finanzministerium oder der mit der Auszahlung beauftragten Wirtschaftskammer finanzielle Zuwendungen großzügig zu handhaben, darf hergestellt werden.

Jetzt allerdings, wo die inflationären Preissteigerungen in breiten Teilen der Bevölkerung angekommen sind, wird die Parole „Koste es, was es wolle!“ vermehrt in Frage gestellt und an die Solidarität in der Bevölkerung appelliert. Übermäßige Forderungen nach Lohnerhöhungen würden eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen und die Unternehmen derart belasten, dass die Arbeitsplätze gefährdet würden. Sozialausgaben zu erhöhen oder die Arbeiter*innen zu unterstützen wäre nach all den Ausgaben der letzten Zeit gegenüber dem Staatshaushalt unverantwortlich.

In Wirklichkeit handelt es sich aber um ein Prinzip „Koste es, was wir Euch nehmen!“:

Die Profite der Unternehmen werden

regelmäßig nicht in voller Höhe an die Werk tätigen in Form von Lohnsteigerungen weitergegeben und trotzdem finanziert die Arbeiter*innenklasse insbesondere über Verbrauchssteuern den Staatshaushalt überproportional stark und dieses Steuergeld wird dann über Konstruktionen wie die COFAG oder andere Förderinstrumente an die Kapitalist*innen umverteilt. Am Ende heißt es dann aber, dass der Staat sparen muss, weil er ja ein schwäbischer Hausmann ist, der auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen könne.

Womit wir auch schon bei den NEOS, jenes nachgeborenen Ablegers des heimischen Kapitalismus wären, der die zuvor angeführten Argumente meist noch um sirenenhafte Beschwörung der Generationengerechtigkeit bereichert, wo-

ben. Dort trugen sie alle fremdenfeindlichen und menschenrechtswidrigen Maßnahmen türkischer Innenminister mit. Gleichzeitig verraten sie regelmäßig die Interessen der sie unterstützenden NGOs im Klimabereich, indem sie die von der ÖVP behaupteten Wirtschaftsinteressen über Maßnahmen zum Schutz der Umwelt stellen. Darüber hinaus hatten die GRÜNEN mit drei verschiedenen Gesundheitsministern die zentrale politische Verantwortung für die die Regierungszeit dominierende Corona-Pandemie inne und haben in Wirklichkeit die Gesundheitsthemen der Menschen dilettantisch den Interessen der Wirtschaft und dem Druck esoterischer Wirrköpfe geopfert. Betreffend Teuerung und Inflation bleibt Werner Kogler, der Volkswirt ist, der Marktwirt-

Die ÖVP taumelt seit der Entzauberung des türkisen Poster-Feschisten Sebastian Kurz durch die politische Arena und ist nach der nasalen Zwischenstation des Aristo-Diplomaten „Graf“ Schallenberg nunmehr beim durch die Zähne zischenden Karl Nehammer angelangt, einem Parade-Türkisen und ÖVP-NÖ Urgestein, der allerdings einen Hang zum politischen Untergang hat.

nach die Pensionen nicht weiter steigen dürfen, die Arbeitszeiten verlängert werden müssten und zur Finanzierung überhaupt aller Dinge, die die Unternehmen knebelnden Lohnnebenkosten gesenkt werden müssten. Dass sich dann eben Pensionen oder Gesundheit immer schwerer finanzieren ließen, macht nichts, weil es dafür ja private Versicherungsmodelle gibt, in die jeder, der sich auf die Solidargemeinschaft nicht verlassen will, gefälligst einzahlen soll. Eine schöne rosa Welt, mit der eine in Zukunft mögliche Ampelkoalition noch viel Freude haben wird.

Der andere der politischen Bourgeoisie entsprungene Parteienableger sind die GRÜNEN, die es seit 2019 sogar in eine bürgerliche Regierung geschafft ha-

schaft verpflichtet und unterscheidet offenbar zwischen dem Volk, das ihn weniger interessiert, und dem Wirt, dem er sich augenscheinlich lieber zuwendet. Interessant auch mit welcher Vehemenz gerade er, wie überhaupt die GRÜNEN hier und in Deutschland, im Stile des Kalten Kriegers die Aufrüstung der Ukraine forciert ohne jemals auf die Dimensionen der imperialistischen Verwicklungen in diesem Krieg einzugehen.

Die SPÖ sieht sich in einem der Schwäche der anderen Parteien und den regelmäßig auftretenden politischen Schwingungsbewegungen in der bürgerlichen Gesellschaft geschuldeten umfrage-technischen Aufwärtstrend. Die Trümmerfrau der SPÖ ist Pamela Rendi-Wagner, die sich offenbar als wider-

standsfähig genug erwiesen hat, um die Partei in die nächsten Wahlen zu führen. Politisch bleibt sie vorsichtig und hat es mittlerweile geschafft mit relativ unspezifischen Forderungen zur Inflation nicht weiter aufzufallen, aber doch eine populäre Duftnote in Richtung Teuerungskämpfung zu setzen. Diese Schaumbremse könnte durchaus dem Umstand geschuldet sein, dass es innerhalb der SPÖ, vor allem in der mächtigen Wiener Organisation, Kräfte gibt, die sich nach der alten Normalität einer Großen Koalition unter SP-Kanzlerschaft zurücksehnen. Also einer Zusammenarbeit mit der ÖVP und dem, was sie für die „Wirtschaft“ halten, jene Wirtschaftskammerfunktionäre, mit denen sie geradezu in Symbiose gelebt haben. Dementsprechend sind die bisherigen Forderungen nach Mehrwertsteuersenkung, Abschöpfen der Übergewinne von Energie-Konzernen oder Preisdeckelungen merkwürdig ambitionslos vorgetragen. Im aktuellen Forderungskatalog der SPÖ findet sich folgerichtig auch kein Wort zu allgemeinen Vermögens- oder Erbschaftssteuern.

Spannend für die SPÖ und das ganze Land wird allerdings die Frage werden, wie sich der Gewerkschaftsflügel in der Partei positioniert. Bei den anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen wird sich zeigen, wohin die Reise letztlich auch innerhalb der SPÖ gehen wird: kommt es zu einer Fortsetzung der seit einigen Jahren durch die Bourgeoisie unterbrochenen Hinterzimmerpolitik der alten Sozialpartnerschaft und machen die Gewerkschafter im kommenden Herbst mit „moderaten“ Lohnabschlüssen schon eine Anzahlung darauf?

Oder: gelingt es durch den Druck der Gewerkschaftsmitglieder, durch Betriebsräte, letztlich durch Mobilisierung der Arbeiter*innen von der Straße aus, bei Kundgebungen, bei Betriebsversammlungen die ÖGB-Führung dazu zu zwingen dem Maulheldentum der Gewerkschaftsbosse von Wolfgang Katzian abwärts auch Taten folgen zu lassen. Dann könnte dieser Herbst eine Initialzündung für das Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse werden, dann könnte es erstmals zu einer echten Streikbewegung in ganz Österreich kommen, wo es letztlich einer Gewerkschaftsführung wie auch der SP-Führung nur mehr möglich ist sich selbst an die Spitze einer solchen

Bewegung zu stellen oder das politische Feld zu räumen bzw überrollt zu werden.

„Preise runter“ ist das Motto unter dem der ÖGB Großdemonstrationen für den 17. September in allen Landeshauptstädten angekündigt hat und diese Initiative als solche ist ausdrücklich zu begrüßen, weil sie zu einer Selbstvergewisserung des Proletariats beitragen kann und eine Möglichkeit darstellt Arbeiter*innen permanent für den organisierten politischen Kampf zu gewinnen. Inhaltlich müssen allerdings Zweifel angemeldet werden, wie ernst es der Gewerkschaftsführung mit einer Kampfansage an die herrschende Klasse ist. „Preise runter, Löhne rauf“ wäre wohl mobilisierender.

Tatsächlich gibt es nämlich, obwohl zwei Tage nach der Kundgebung die herbstlichen Lohnverhandlungen beginnen, im Demonstrationsaufruf keinen Hinweis darauf, dass hier eine vehemente Kampfansage an die Kapitalist*innen stattfinden wird, um die Löhne nach der tatsächlichen Inflation auch für die Vergangenheit anzupassen und darüber hinaus eine Beteiligung an den Unternehmensgewinnen zu verlangen. Nichts davon, obwohl die Reallöhne – wissenschaftlich belegt – in den letzten Jahrzehnten auch ohne Inflation bereits gesunken sind und umgekehrt die Vermögen der Bourgeoisie ständig weiter gewachsen sind.

Der ÖGB beschränkt sich vielmehr in den Ankündigungen auf die bekannten Forderungen nach Mehrwertsteuersenkung, Abschöpfen von Übergewinnen und Preisdeckeln im Bereich Energie und Grundnahrungsmitteln. Eine kämpferische und vor allem fundamentalkritische Haltung schaut anders aus. Nicht umsonst hat Wirtschaftskammerboss Harald Mahrer bereits Verständnis für die Gehaltsforderungen der Gewerkschaft signalisiert und gleichzeitig einen Prozentsatz genannt, der sogar unter der aktuellen Inflation liegt, um die Harmonie zwischen den alten Sozialpartnern zu betonen.

Als GRUPPE KLASSENKAMPF werden wir uns selbstverständlich aktiv an der Demonstration beteiligen und die Führung der Gewerkschaften wie auch die SPÖ mit unseren konkreten Forderungen nach einem Systemwechsel konfrontieren. Eigentlich Adressat unserer Parolen ist allerdings das Proletariat, deren

fortgeschrittenste Teile es für den organisierten Kampf und damit letztlich für den Weg zur sozialistischen Revolution zu gewinnen gilt. Wir können uns dabei auf die von Leo Trotzki bereits 1938 im *Übergangsprogramm* formulierten Forderungen beziehen, die auch im heutigen Kontext das brauchbare Instrumentarium sind.

Neben der permanenten Forderung nach der Aufteilung der verfügbaren Arbeit unter alle vorhandenen Arbeitskräfte und einer damit möglichen Arbeitszeitverkürzung sowie einer damit verbundenen Lohnerhöhung zählen gerade in der aktuellen Situation die Forderung nach einer automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation (Stichwort gleitende Lohnskala) sowie die entschädigungslose Enteignung von Großkonzernen, insbesondere in der Daseinsvorsorge, und damit verbunden die Überführung der Produktion unter Arbeiter*innenkontrolle zu Fixpunkten einer auf die permanente Revolution ausgerichteten Organisation.

Interessant ist auch, dass eine weitere Forderung des *Übergangsprogramms*, nämlich die Offenlegung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen gegenüber den Arbeiter*innen dem Grunde nach auch dem bürgerlichen Staat nicht fremd ist. Wie die Leiterin der Bundeswettbewerbsbehörde im Interview in der ZiB2 zuletzt ausführte, hat sie die Möglichkeit zur Untersuchung der möglichen Absprachen im Zusammenhang mit Übergewinnen kompletten Einblick in die Geschäftsgrundlagen der Konzerne zu nehmen. Hier müsste man nur die Kontrolle vom Kopf auf die Beine stellen und den Werk tätigen die Bücher öffnen – die Preisentwicklung und die Verteilung der Gewinne, sprich Lohnhöhen, würden eine ganz andere Richtung nehmen.

Der 17. September ist also von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft des heimischen Proletariats, er wird zum Gradmesser der politischen und gewerkschaftlichen Führung der Arbeiter*innenklasse ebenso wie zur Möglichkeit der Massen sich als Klasse für sich zu entdecken.

Und: es wird einer kämpferischen Arbeiter*innenklasse bedürfen, wenn man sieht, wie die extreme Rechte seit geraumer Zeit beginnt, die Straße für sich zu gewinnen!

Präsidentenwahl: Nicht mit uns!

Alle sechs Jahre wählt das offiziell als wahlberechtigt anerkannte Volk den protokollarisch wichtigsten Vertreter des bürgerlichen Staates – den Bundespräsidenten (eine Frau hat es bisher ja nie schaffen können/dürfen). Nebenbei: Protokollarisch die zweit wichtigste Figur ist der Wiener Kardinal. Soviel zum Protokoll einer bürgerlichen Demokratie ... (Unter protokollarischer Rangordnung wird eine, unter anderem in der Diplomatie verwendete, Hierarchie von öffentlichen Persönlichkeiten nach ihrer Bedeutung bezeichnet. Die protokollarische Rangordnung bildet nicht zwangsläufig die reale politische Bedeutung ab, prägt aber stark das Bild der Machtverhältnisse nach Außen - die Redaktion)

Das Amt des Bundespräsidenten in seiner derzeitigen Form wurde mit der Verfassungsreform 1929 im Geiste des damals aufstrebenden Austrofaschismus unter dem Druck der Heimwehren geschaffen. Zu den repräsentativen Aufgaben kam eine große Machtfülle hinzu, welche bis heute Gültigkeit hat. Sie umfasst unter anderem die Ernennung und Entlassung der Regierung, des Bundeskanzlers, der Minister und Staatssekretäre, die Gegenzeichnung von Gesetzen, die Einberufung des Parlaments und der Landtage, die Verfügung von Begnadigungen, die Niederschlagung von Strafverfahren, der Oberbefehl über das Bundesheer sowie den Erlass von Notverordnungen. 1933 nutzte Bundespräsident Wilhelm Miklas nach der Auflösung des Parlaments seine Befugnisse derart aus, dass er das Machtvakuum so lange aufrecht hielt, bis seine Christlichsoziale Partei (Vorgängerpartei der ÖVP) den faschistischen Ständestaat errichten konnte.

2022 wird die Wahl besonders merkwürdig: Gegen den Amtsinhaber Alexander Van der Bellen, der 2016 wohl vor allem auf Grund des Ekels einer schwachen Mehrheit der Wähler vor dem FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer in die Hofburg einzog, tritt ein überwiegend reaktionär bis faschistoid gestricktes Kandidatenfeld an. Zur Ausnahme – dem Kandidaten der Bierpartei – nachher einige klärende Worte.

Die FPÖ hat mit dem schlagenden Burschenschaftler Walter Rosenkranz einen treuen Parteisoldaten aus dem politischen Ausgedinge geholt – denn die Rolle des Volksanwalts ist meist der letzte Schritt vor dem Ende der Karriere. Offensichtlich ist es Parteiführer Herbert Kickl in der von Intrigen und Skandalen gebeutelten blauen Riege nicht geglückt,

das vollmundig angekündigte „dynamische und junge Gesicht“ fürs Wahlplakat zu finden. Der mit dem Charisma eines Nussknackers gesegnete Rosenkranz hat keine Berührungängste mit Antisemiten, Identitären und Neonazis. Sein Geschichtsbild (z.B. sei der Antisemitismus an den Universitäten in den 20er und 30er Jahren darauf zurückzuführen, dass „überdurchschnittlich viele Juden Hörer an den Universitäten waren“) lässt sein Motto „Holen wir uns unser Österreich zurück“ wie eine gefährliche Drohung klingen.

Mit Rosenkranz scheint sich die FPÖ von ihrer Strategie, sich als „soziale Heimatpartei“ bei den Arbeiter*innen einschleimen zu wollen, verabschiedet zu haben. Im Punkt „Wohlstand“ seiner Wahlplattform heißt es: „Die Teuerung ist Folge der falschen Corona-Politik und der zerstörerischen Rußland-Sanktionen“. Alles paletti also mit dem kapitalistischen Lohnsystem. Das sah Parteifreund Kickl im Sommergespräch des ORF genauso.

Ansonsten dümpelt Rosenkranz eher lustlos im traditionellen Sumpf freiheitlicher Wahlkampfrhetorik herum: Zu viele Migrant*innen, die EU redet überall drein, Impfen ist pfui und unser „geliebtes Österreich“ geht an der importierten Kriminalität zugrunde.

Pech für Rosenkranz – bei all diesen Themen haben er und seine Partei nicht mehr das Alleinstellungsmerkmal. Denn am rechten Rand tummelt sich einiges.

Da ist zunächst MFG-Mitbegründer Michael Brunner, Rechtsanwalt und Covid-Schwurpler der ersten Stunde. Während sich die MFG auf dem Papier demokratisch gibt, kann man das von den meisten ihrer Exponenten nicht sagen. Brunner etwa bettet seinen

Kampf gegen Coronamaßnahmen aller Art in die Warnung vor dem „Great Reset“ ein. Der „Great Reset“ stammt aus dem Fundus der faschistischen Identitären. 2020 wurde der „Große Austausch“ zum „Great Reset“: Eine geheime Weltelite (evtl. eine jüdische???) habe Corona freigesetzt, um eine neue Weltordnung zu schaffen und die „weißen“ Länder zu schwächen. Die Hauptbösewichte sind George Soros und Bill Gates.

Ganz offen auf Seiten des russischen Imperialismus steht die MFG in der Frage des Ukraine-Krieges. Der ist für Rechtsanwalt Brunner ein Stellvertreterkrieg der EU gegen Russland – im Auftrag der USA. Das muss natürlich für die FPÖ ein ziemlicher Tritt in die empfindlichen Unterleibsregionen sein, wollte sich die Partei doch immer als Partner der Putinisten profilieren. Von dieser Seite her droht der Rosenkranz-Kandidatur also einiger Gegenwind.

Und dann tritt ja auch noch Gerald Grosz an – als 15-Jähriger Mitglied des Rings Freiheitlicher Jugendlicher in Deutschlandsberg, dann dortselbst FPÖ Stadtparteiobmann, nach der Blau-Schwarzen Koalition ab 2000 in Wien als Pressesprecher von FP-Vizekanzler Herbert Haupt, dann, nach der FPÖ-Spaltung 2005 als Obmann des Haider-BZÖ zurück in die Steiermark. Nach dem Tod seines Idols Jörgl 2008 wurde Grosz zwischen 2013 und 2015 Vorsitzender des dahinsiechenden BZÖ.

2017 hatte sich Grosz dann mit Hilfe des Fellner-Medienimperiums neu erfunden: Als gelungene Kreuzung aus Poltergeist und fleischgewordenem Tourettesyndrom erklärt Grosz in OE24-TV den Österreicher*innen, wie er die Welt sieht. Diese Welt ist keine Gute. Überall „Asylanten“; Globalisten (auch

hier lassen die Identitären schön grüßen); geheimnisvolle Eliten, die dem Volk seinen Patriotismus austreiben wollen. Entmündigung durch FFP2-Masken. Nur bei der Homophobie tritt Grosz wie sein Vorbild Haider leise.

Grosz ist Trump-Fan. Daher sein origineller Wahlkampfslogan: „Make Austria Grosz Again“. Daher wohl auch seine Ankündigung, im Falle eines Wahlsiegs die Regierung aufzulösen. Dieses Versprechen hat ihm Konkurrent Brunner übrigens flugs gestohlen.

Ob außer persönlicher Eitelkeit reale andere politische Gründe hinter der Kandidatur Grosz stehen, ist derzeit unklar. Da – unbeschadet seiner Kandidatur – Grosz nach wie vor seine matten Kabarett-Auftritte auf Fellner-TV liefert, kann es durchaus sein, dass die Kandidatur ein verzweifelter Versuch des angeschlagenen Medientycoons ist, sein schlingerndes Presseimperium damit eine Zeit weiter über Wasser zu halten.

Natürlich konnte der zweite Mediengigant da nicht tatenlos zuschauen. Also gab am 14. August Krone-Kolumnist Tassilo Wallentin seine Kandidatur bekannt. Der langjährige Anwalt der Dichand-Familie glänzt seit Jahren mit seiner „Offen gesagt“ Kolumne am rechten Rand der

Mainstreampublizistik. Er ist die Bobo-Version des unseligen Herrn Staberl, des reaktionären Langzeitkolumnisten Hans Dichands. Zwar gab es hartnäckige Gerüchte, die FPÖ wolle Wallentin als Kandidaten gewinnen. Letzten Endes siegte aber Schmiss über Feschak.

Programm scheint der Rechtsanwalt nicht zu haben – dafür ausreichend Kohle, denn Milliardär Frank Stronach verteilt wieder einmal großzügig Taschengeld für reaktionäre Propaganda. Wallentins Äußerungen über „Ausländerkriminalität“, „Genderwahn“ und „Recht und Ordnung“ sind das Substrat aus den bisher acht Sammelbänden seiner Krone-Kolumnen.

Daneben haben sich eine Reihe anderer Obskuranten – von christlichen und faschistoiden EU-feindlichen Einzelkämpfern – als Kandidaten präsentiert. Wobei fraglich ist, ob sie die notwendigen 6.000 Unterstützungserklärungen zusammenbekommen werden.

Ach ja – und dann haben wir noch Herrn Dr. Dominik Wlazny vulgo Marco Pogo. In einem Interview hat der musikalische Mediziner erklärt, er wisse nicht, ob er links oder rechts sei. Damit war er bisher einer der wenigen ehrlichen Politiker in diesem Wahlkampf,

zudem macht er aus seinem Verhältnis zum Alkohol kein Geheimnis. Auch wenn in den Wiener Bezirken, in denen seine Bierpartei Mandatare stellt, durchaus löbliche Anträge zur Verkehrspolitik (und der Errichtung eines „Bierbrunnens“) eingebracht hat – politisches Profil ist da nicht erkennbar.

Dass es 2022 bei der Präsidentenwahl wieder einmal „keine Wahl“ für die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung gibt, liegt nicht an der Physiognomie der Kandidaten. Es ist das Amt an sich, dass es abzulehnen gilt. Tatsächlich könnte ein reaktionärer Bundespräsident, der sich auf eine entsprechende Basis auf der Straße oder im Nationalrat stützen kann, den Weg in einen autoritären Staat wesentlich beschleunigen. Das dürfte auch ein wichtiger Grund für so manche gutbürgerliche Wähler gewesen sein, doch den Kandidaten der Grünen VdB zu unterstützen.

Wir wollen nicht nur keinen der Kandidaten auf dem Wahlzettel – wir wollen das gesamte Amt nicht. Daher rufen wir dazu auf, entweder nicht zur Wahl zu gehen oder ungültig zu wählen (am besten, indem man einen entsprechenden Kommentar auf den Wahlzettel schreibt).

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.



Weltweiter Pflegenotstand – weltweite Ungleichheit

In den reichen OECD-Staaten herrscht akuter Pflegenotstand: Wieder einmal, immer noch oder schon wieder? Häufig sind die „eigenen“ Gesundheitsfachkräfte nicht mehr bereit, die zunehmend schlechten Einkommens- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Immer häufiger werden Pflegekräfte aus von den imperialistischen Metropolen ausgebeuteten Ländern – vor allem Asiens und Afrikas – angeworben. Das schafft nicht nur Probleme mit Lohndumping oder Rassismus. Solidarischer Widerstand scheitert oft an der Spaltung in „in- und ausländische“ Beschäftigte. Und in den dominierten Ländern fehlen die medizinischen Fachkräfte. Was tun, um diesen Teufelskreis zu überwinden?

Pflege ist weiblich, Pflege ist eine Klassenfrage

International stellen die mehrheitlich weiblichen Pflegefachkräfte mit 59 % die größte Berufsgruppe im Gesundheitssektor dar. Dank des starken Beschäftigungswachstums von 4,7 Mio. Pflegekräften in den Jahren 2013 bis 2018 liegt die aktuelle Pflegebeschäftigung 2022 bei 28 Mio. Trotz des Anstiegs liegt die Pflegeelücke aktuell bei 5,9 Mio. und wird bis 2030 auf 9 Mio. anwachsen, schätzt die WHO (Weltgesundheitsorganisation) Die weltweite Unterversorgung bedroht Qualität und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß.

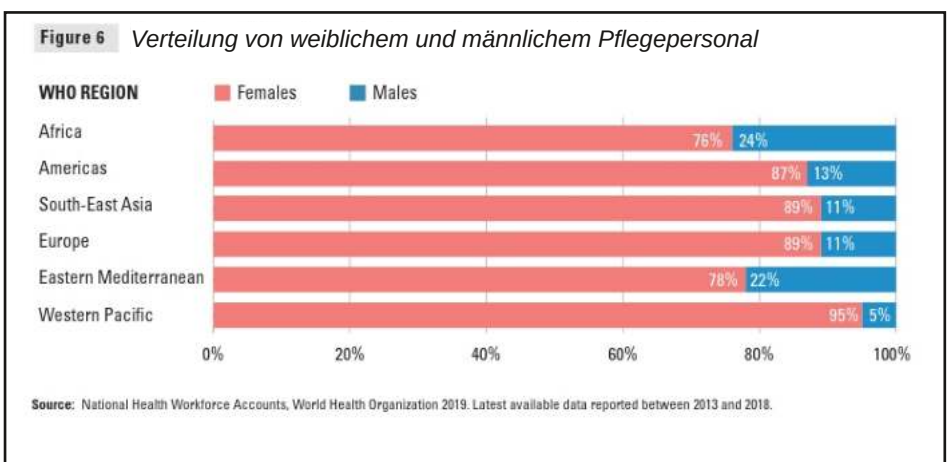
Die niedrigste Pflegedichte weisen afrikanische, südostasiatische und lateinamerikanische Regionen, die sogenannten „ressourcenarmen Staaten“ (low-resource countries: LRCs) aus. Diese Terminologie wird unter anderem in den WHO-Jahresberichten und -Studien verwendet. Sie illustriert die Hauptschwäche einer Organisation, die 1948 gegründet und unmittelbar danach in den Sog des Kalten Kriegs gerissen wurde. Da die Organisation von lächerli-

chen staatlichen Zuwendungen und Spenden der Industrie und privaten Stiftungen abhängt, werden die gesellschaftlichen Ursachen gesundheitlicher Probleme beschönigt oder ganz ausgeblendet. Das Jahresbudget der WHO liegt bei 4 Mrd. US-Dollar, das ist etwas weniger als der Betrag, der zwischen Herbst 2015 und Herbst 2016 im Vereinigten Königreich an Glückspielautomaten verspielt wurde.

Was heißt „ressourcenarm“ in diesem Zusammenhang? Offensichtlich nicht, dass die betroffenen Länder über wenig Ressourcen, also natürlich Rohstoffe, verfügen – ganz im Gegenteil, die Ausbeutung der Bodenschätze in den Län-

der heißt das, dass über 80 % des weltweiten Pflegepersonals in Staaten tätig ist, die zusammen 50 % der Weltbevölkerung repräsentieren.

Doch auch in den „ressourcenreichen Staaten“ (high-resource countries: HRCs, wie die imperialistischen Metropolen beschönigend genannt werden) sind Gesundheitskräfte knapp – allerdings auf hohem Niveau: Auf 1.000 Einwohner kommen durchschnittlich in Norwegen und der Schweiz 18, in Österreich 10,4 Pflegekräfte. Die Regierungen der kapitalistischen Staaten setzen daher auf die Anwerbung von (billigen) Fachkräften aus den abhängigen Ländern.



dern Afrikas und Asiens durch imperialistische Konzerne sichert letzteren üppige Gewinne an den Börsen. Wenn „ressourcenarm“ bedeutet, dass die Regierungen dieser Länder kaum Mittel in das Gesundheits- und Bildungswesen stecken (können), stimmt das schon eher. Aber auch das sind Folgewirkungen eines internationalen Wirtschaftssystems, das auf gnadenloser Ausplünderung von Natur und Mensch aufbaut.

Im Vergleich zu den kolonialen, halb-kolonialen und abhängigen Ländern ist in den G7-Staaten, wo etwa 10 % der Weltbevölkerung leben, die rund 44 % des weltweiten Bruttonationaleinkommens erwirtschaften, die Pflegedichte um das 100-fache höher ist. Im Klartext

Pflegekräftemangel in den entwickelten kapitalistischen Ländern

Auf welche Ursachen ist der Gesundheitskräftemangel in unseren Breiten zurückzuführen? Oft wird als Begründung der demographische Wandel in den reichen Volkswirtschaften, der durch Bevölkerungsrückgang, Überalterung und die Zunahme chronischer Erkrankungen gekennzeichnet ist, angeführt. Hinzu kommt das Problem der Überalterung von Pflegekräften. Bis 2030 werden rund 25 % der westeuropäischen und nordamerikanischen Pflegefachkräfte in Pension gehen, was das bestehende Pflegedefizit vergrößert (IGES). Die skizzierten Ursachen sind plausibel! Aber sie

dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es viele andere hausgemachte Gründe für den beklagten Pflegekräftemangel in den kapitalistischen Ländern gibt.

Bereits in den 1970er Jahren wurden die ersten ausländischen Pflegekräfte angeworben, um den Fachkräftemangel der einkommensstarken Länder aufzufangen. Seither sind 50 Jahre vergangen, in denen die Ökonomisierung der Gesundheitssysteme vorangetrieben wurde. Längst funktionieren die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen nach kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Prinzipien, die da heißen: Rentabilität, Profit und Effizienz. Wachsende Pflegenachfragen, steigende Kosten bei stagnierenden bzw. sinkenden Einnahmen zwingen gemäß der kapitalistischen Profitlogik zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das Plus an Leistungen muss das Gesundheitspersonal erbringen bzw. erwirtschaften. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass für definierte Gesundheitsleistungen weniger Personal benötigt wird. Weniger Personal muss also die gleiche Gesamtleistung erbringen.

Um die Produktivität im Gesundheits-

für gewöhnlich mit einer Neuorganisation der Arbeitsprozesse einher

- Fragmentierung der Arbeitsprozesse
- Knapp bemessener Personalschlüssel
- Steigende Arbeitsintensität und Arbeitsverdichtung
- Fehlende qualitativ hochwertige und zeitgemäße Ausbildungen
- Auslagerung von Leistungen an private, gewinnorientierte Anbieter
- Zunehmende Pflegeücken
- Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen

Seit Jahren tragen die Pflegefachkräfte die Hauptlast für die gestiegene Produktivität. Zu Recht beklagt werden die chronische körperliche und seelische Überbelastung, häufige Verstöße gegen arbeitsrechtliche Vorschriften, erhöhte Gesundheitsrisiken, steigende Personalfuktuation, sinkende Arbeitszufriedenheit, psychische Erkrankungen, fehlende Wertschätzung und das bei fehlender leistungsgerechter Entlohnung. Diese Entwicklung steht dem „ganzheitlichen Pflegeverständnis“ das die Pflegefach-

fen – auch das Gesundheitswesen.

In Großbritannien hat die Reduzierung staatlicher Finanzmittel zur Begrenzung von Praktikumsplätzen für Krankenpflegestudent:innen geführt, wodurch deutlich weniger Krankenpflegekräfte für den Arbeitsmarkt ausgebildet werden

In den USA sind mehr als 80.000 qualifizierte Bewerber:innen für Pflegeausbildungs-Programme aufgrund der reduzierten Anzahl von Fakultäten, klinischen Standorten und Unterrichtsräumen abgewiesen worden. Das reißt natürlich eine entsprechende Lücke in die Gesundheitsversorgung.

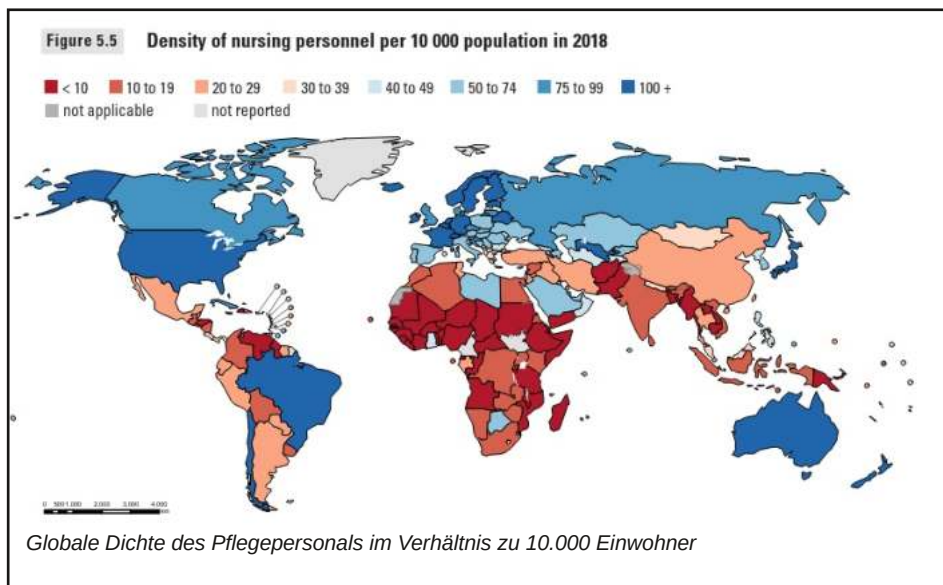
Migrationsbewegung und Pflegekrise

Bereits 2006 hat die WHO die „Krise der Humanressource“ im Gesundheitssektor als eines der dringendsten globalen Gesundheitsprobleme unserer Zeit beschrieben. Eine weltweite Unterversorgung gefhrtet die Qualität und Nachhaltigkeit aller Gesundheitssysteme. Die Abhängigkeit der Staaten in Nordamerika, Westeuropa, Australien u.a. vom Gesundheitspersonal aus Übersee fördert das „Brain-Drain-Phänomen“, bei dem hochqualifiziertes Personal das Herkunftsland verlässt, um seine Dienste woanders anzubieten.

Bei der Analyse des weltweiten „Pflegenotstandes“ zeigt sich Glanz und Elend der positivistisch-empirischen Forschungsmethode der WHO. Penibel werden Daten erhoben und Statistiken erstellt, die Gründe – das globale imperialistische System und seine Profitlogik – werden aber nicht benannt. Allerdings sei der WHO zugute gehalten, dass sie ausgezeichnetes Zahlenmaterial für eine materialistische Analyse liefert.

Die Migrationsentscheidung der zu meist jungen Pflegefachkräfte hängt von verschiedenen Faktoren sowohl im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland ab

- Push-Faktoren im Herkunftsland die eine Abwanderung fördern
- geringes Stellenangebot und Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung
- keine Vollzeitbeschäftigung
- unzureichender Pflegeschlssel für die allgemeine Gesundheitsversorgung
- uerst unbefriedigende Arbeitsbe-



system zu steigern, kam es in den letzten Jahrzehnten zur

- radikalen Restrukturierung (Konzentration auf größere Strukturen, Fusionen, Privatisierung)
- mehrfachen Arbeitsintensivierung (steigende Fallzahlen, kürzere Verweildauer der Patient:innen)
- stärkeren Spezialisierung
- Rationierung und Standardisierung der Pflegeleistungen
- Radikale Strukturänderungen gehen

kräfte auszeichnet, fundamental entgegen. Deshalb sind in den entwickelten kapitalistischen Ländern immer weniger heimische Pflegefachkräfte und Ausbildungssuchende bereit, diese schlechten Einkommens- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Das führt einerseits zu einer steigenden beruflichen „Dropout-Quote“, andererseits zu einer zunehmenden Zahl von Protesten im Pflegebereich.

Im Kapitalismus sind alle gesellschaftlichen Sphären der Profitlogik unterwor-

dingungen

Medikamentenmangel
große Ansteckungsgefahr und Verletzungsgefahren

fehlende Schutzausrüstung bei Epidemien und anderen schweren Krankheiten

Zudem sprechen belastende Faktoren wie Bürgerkriege, wirtschaftliche Stagnation etc. für eine Migration des Gesundheitspersonal

Auf der anderen Seite gibt es die Pull-Faktoren des Ziellandes, die einen Anreiz darstellen

sichereres und besseres Arbeitsumfeld

bessere Lebensqualität
größere politische Stabilität und Frieden

besseres Einkommen
beruflicher Aufstieg und bessere Karriereöglichkeiten

Konflikte aufgrund der Unterschiede in Ausbildungen, Gesundheitssystemen, Arbeits- und Pflegeverständnis sind vorprogrammiert. Gesundheitsorganisationen, die sich als eher unbeweglich erweisen, setzen auf die alleinige Anpassungsleistung der ausländischen Pflegekräfte.

Arm und krank – immer noch eine klassische Kombination

In den entwickelten kapitalistischen Ländern werden die Anwerbeinitiativen mit dem Argument des heimischen Pflegegenotstandes begründet, der durch Pflege migrant;innen abgefedert werden soll. Doch bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass in den USA 83,4 Pflegekräfte auf 10.000 Einwohner (EW) kommen, während in Somalia lediglich 0,61, in Niger nur 3,1 und in Pakistan 5,0 Pflegekräfte pro 10.000 EW im Einsatz sind.

Tabelle1: Anzahl der Pflegefachkräfte und Pflegedichte pro 10 000 EW gemäß WHO-Region (2018)

In den von der WHO definierten 100 fragilsten Staaten fehlen über 7 Mio Gesundheitsfachkräfte, um die allernotwendigste Versorgung anzubieten. Ein Mangel mit tödlichen Folgen, der sich in einer erschreckend hohen Müttersterblichkeit, der hohen Todeszahl infolge der Ebola-Pandemie usw. manifestiert. Laut

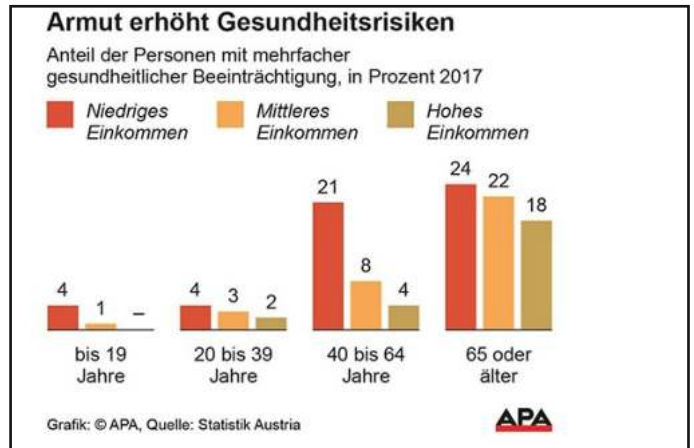
WHO verfügen 83 Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika über weniger als 228 Gesundheitsfachkräfte wie Ärztinnen/Ärzte, Pflegekräfte und Hebammen für 100.000 EW.

Die ungerechte Pflegedichte kann nur vor dem Hintergrund des ausbeuterischen Kapitalismus verstanden werden, der jahrhundertlang in Gestalt des Kolonialismus zu Unterentwicklung, Ausbeutung und Armut dieser Staaten geführt hat.

In Staaten wie Vietnam und die Philippinen liegt die Gesundheitsversorgung knapp unter dem WHO-Grenzwert für einen krisenhaften Fachkräftemangel. Während die städtische Versorgungslage als gut zu bezeichnen ist, sind die ländlichen Regionen stark unterversorgt. Auf den Philippinen, wo der „Export“ von Pflegekräften als gängiges Geschäftsmodell etabliert ist, erweist sich die wachsende Pflegekräftemigration in die Matripolen als problematisch: Weiterhin besteht eine Unterversorgung der ländlichen Regionen und insgesamt sinkt die pflegerische Ausbildungsqualität. Kritisch ist auch die Abwerbung aus China zu sehen, dessen jahrzehntelange Ein-Kind-Politik zu einem demographischen Wandel führte und mit neuen Herausforderungen für die Gesundheits- und Pflegeversorgung konfrontiert ist (Venro).

Doch auch in Europa wirkt sich die Migration direkt auf die Herkunftsländer aus: Aus Polen, das mit 510 Pflegekräften pro 100.000 Einwohner vor Bulgarien und Griechenland die niedrigste Anzahl an Pflegekräften in der EU ausweist, wandern aktuell ca. 7 % der Fachkräfte ab. Da das polnische Gesundheitssystem ohnedies kaum in der Lage ist, die zukünftigen Gesundheitsbedürfnisse der alternden Bevölkerung zu erfüllen, werden zunehmend mehr ukrainische Pflegekräfte angeworben (Eurostat).

Schlussendlich wirkt sich die Migration von professionellem Gesundheitspersonal negativ auf die Versorgungslage der Bevölkerung in den Herkunftsländern aus. Neben den wirtschaftlichen Dimensionen wie dem Verlust investierter Ausbildungskosten (und zukünftiger



Steuereinnahmen), steigt auf die heimische Gesundheitssysteme der Druck, da wegen der personellen Unterbesetzung die Versorgungsqualität abnimmt - und die Arbeitsmoral des verbleibenden Personals sinkt.

Die Lage ist schlecht, sie wird schlechter

In den reichen Industriestaaten wird der vorherrschende Pflegenotstand nur dadurch zu beseitigen sein, wenn sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Gehälter nachhaltig verbessert werden. Angesichts der demographischen Entwicklung einer alternden Gesellschaft sowie der vorherrschenden Altersstruktur bei den Pflegekräften, von denen etwa 25 % in den nächsten Jahren pensioniert werden, werden deutlich mehr Fachkräfte benötigt. Aber es geht um mehr als nur um die Nachbesetzung der Pensionistinnen und die Versorgung der in die Jahre kommenden Babyboomer. Schon lange können junge Menschen nicht mehr durch ein aufpoliertes Image des Pflegeberufes mit schrillen Kampagnen davon überzeugt werden, den Pflegeberuf zu ergreifen.

Die Ökonomisierung der Gesundheitssysteme hat zu einer gestiegenen Produktivität geführt. Gleich der industriellen Logik von Rationalisierung und Kosteneinsparung kam es in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu radikalen Restrukturierungen, zur Fragmentierung der Arbeitsprozesse, zur Reduzierung der Personalschlüssel, zu steigender Arbeitsintensität und Arbeitsverdichtung, verbreiteter Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung und zunehmenden Pflegelücken. Nun ist die Gesundheitswirtschaft von beträchtlicher ökonomischer Bedeutung und als

Wachstumsbranche der Zukunft einzuordnen. In den kommenden Jahren wird der Gesundheitssektor zum Beschäftigungsmotor avancieren, wobei neue Arbeitsplätze hauptsächlich in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen entstehen werden.

Das Pflegepersonal, trägt die Hauptlast der gestiegenen Produktivität Chronische körperliche und seelische Belastungen, häufige arbeitszeitliche Verstöße, steigende Personalfuktuation, erhöhte Gesundheitsrisiken – und das ohne leistungsrechte Entlohnung. Es braucht verbesserte Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine bedarfsgerechte Personalaufstockung, die den Bedürfnissen von Pflegekräften und deren ethischen Pflegeverständnis entsprechen.

Unweigerlich stellt sich die Systemfrage:

Allen Menschen eine gute und kostenlose Gesundheitsversorgung und Pflege zukommen zu lassen, ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben und zählt zu den substanziellen gesell-

schaftlichen Aufgaben. Die kapitalistische Durchorganisation des Gesundheitswesens führt nicht nur zur immer stärkeren Belastung des pflegerischen und ärztlichen Personals, sie beeinträchtigt die Lebensqualität und Lebenserwartung vor allem jener Schichten der Gesellschaft, die den Großteil ihres Lebens im kapitalistischen Produktions- oder Verwertungsprozess gestanden sind. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung wird immer öfter als „Belastung der öffentlichen Hand“ dargestellt, das Patient:innenwohl dem Gewinnstreben untergeordnet.

Es ist höchste Zeit gegen Finanzierungssysteme nach Fallpauschalen, gegen die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Gesundheits- und Pflegewesens, die Ausbeutung des Gesundheitspersonals in den OECD Staaten als auch in den Entwicklungsländern aufzustehen. Hier sind internationale Protest- und Kampfaktionen der Gewerkschaften und aller Arbeiter*innenorganisationen dringend notwendig.

Sofortmaßnahmen gegen die Pflege-

misere greifen nur, wenn sie in eine gesamtgesellschaftliche antikapitalistische Strategie eingebettet sind. Für Österreich bedeutet das:

- deutliche Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen in den medizinischen Berufen
- Schluss mit der Mehrklassenmedizin – Vergesellschaftung von Privatkliniken und Privatpraxen, so wie des gesamten Gesundheitswesens, unter Kontrolle der Beschäftigten und der Arbeiter*innenorganisationen!
- Massive Verbesserung der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend! Einhaltung und Verschärfung der Arbeitsschutzgesetze, generelle Arbeitszeitverkürzung zur Senkung der psychischen Belastung der Werktätigen, Investitionen in das Ausbildungssystem, um den psychischen Druck auf die lernende und studierende Jugend zu verringern.
- Vergesellschaftung der pharmazeutischen Industrie unter Arbeiter*innenkontrolle

Großbritannien: Teuerung - den Arbeiter*innen reicht es!

[Pressemitteilung der britischen CWU - Gewerkschaft der Kommunikationsarbeiter vom 18.8.2023]

Unterstützt von den Gewerkschaften CWU, RMT und UCU sowie den Gemeinschaftskampagnen Acorn, National Network Right To Food, Tribune Magazine und vielen anderen Organisationen und Einzelpersonen zielt das Projekt [Enough is Enough] darauf ab, Aktivitäten am Arbeitsplatz und außerhalb des Arbeitsplatzes im ganzen Land zu vereinen, um die Lebenshaltungskostenkrise zu bekämpfen und echte Verbesserungen im Leben der Menschen zu erreichen. In den kommenden Wochen sind in allen größeren Städten Großbritanniens Veranstaltungen zu „Enough is Enough“ geplant. Der gestrige Start in London gab den Ton an für eine der lebhaftesten Kampagnen seit vielen Jahren – und wenn sich die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in anderen Städ-

ten wiederholt, wird es eine der populärsten und effektivsten Kampagnen der letzten Zeit werden. (...) RMT-Generalsekretär Mick Lynch beendete den Abend mit einer mitreißenden Rede, in der er die Fakten des laufenden Bahnkonflikts erläuterte – der heute und morgen fortgesetzt wird, da rund 45.000 Arbeitende den Zugverkehr im ganzen Land anhalten – und dann auf die umfassenderen betrieblichen und gesellschaftlichen Probleme einging, für die Enough is Enough kämpft. Mick lobte die Mitglieder der CWU, der GMB, der Unite, der UCU und andere Arbeitende, die für ihre Arbeitsbedingungen und echte Lohnerhöhungen gekämpft haben, um den steigenden Lebenshaltungskosten entgegen zu wirken, und versprach: ‚Wir werden so lange kämpfen, wie es nötig ist, und wir stehen Seite an Seite mit jeder anderen Gewerkschaft, die sich im Konflikt befindet.‘ Er schloss sich den Forderun-

gen anderer nach einer Rückkehr zu öffentlichem Eigentum an und wies darauf hin, dass bei einem öffentlichen Energiesektor im Vereinigten Königreich die Preise sofort kontrolliert werden könnten und somit für alle Haushalte erschwinglich blieben. Diese Bewegung muss von den Gewerkschaften angeführt werden, betonte er und fügte hinzu: ‚Wir können nicht auf die Politiker warten, wir müssen in die Gemeinden gehen und die Gewerkschaftsfahne aufstellen, diese Kampagnen zusammenführen – wir wollen nicht nur eine Blume im Garten, wir wollen, dass der ganze Garten blüht.‘ ‚Wir müssen die Herzen und Hoffnungen unserer Leute wecken und sie auf die Straße bringen‘ (...) **Lasst diese Botschaft von heute Abend ausgehen. Wir weigern uns, bescheiden zu sein. Wir weigern uns, arm zu sein. Die Arbeiterklasse ist als Bewegung zurück.**“

Die Partito Comunista dei Lavoratori kandidiert bei den Wahlen in Ligurien

[Unsere internationale Strömung, das Co-ReP, führt seit einigen Monaten Diskussionen mit der italienischen Kommunistischen Arbeiterpartei. Unter anderem haben wir gemeinsame Erklärungen zur NATO-Erweiterung und zur Ukraine erarbeitet. Bei den bevorstehenden Wahlen wird die PCdL in einer Region ihr Programm bei den Wahlen präsentieren können. Hier die Erklärung der Partei dazu]

Die Kommunistische Arbeiterpartei wird bei den Senatswahlen in Ligurien vertreten sein. Eine zutiefst undemokratische Gesetzgebung hat unsere Teilnahme an den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung und anderen Regionen faktisch verhindert. Aber in Ligurien hat die besondere Hartnäckigkeit der Partei beim Sammeln der notwendigen Unterschriften die Präsenz der PCL bei den Wahlen ermöglicht. Es versteht sich von selbst, dass wir versuchen wer-

den, dieser Präsenz einen beispielhaften politischen Wert von nationalem Charakter zu verleihen.

(...) Wir sind die einzige kommunistische Partei, die bei diesen Wahlen dem Namen nach und in der Praxis präsent ist. Die einzige, die sich offen an die Arbeiter*innenklasse wendet und für eine Regierung der arbeitenden Männer und Frauen kämpft. Die einzige, die eine revolutionäre Perspektive als die einzige wirkliche Alternative zum Kapitalismus und seiner Krise bietet. Die einzige, die in jedem Kampf, in jeder Bewegung, in jeder Klassenorganisation daran arbeitet, die unmittelbaren Ziele des Kampfes auf die antikapitalistische Perspektive zurückzuführen und ein revolutionäres Bewusstsein unter den Ausgebeuteten zu entwickeln. Es ist nicht überraschend, dass sie die einzige ist, die sich nie in bürgerlichen Regierungen kompromittiert hat.

Die anderen bei der Abstimmung anwesenden Linken haben sich entweder unterworfen oder getarnt. Sinistra Italiana hat sich der PD untergeordnet, Rizzos Partei hat einen rot-braunen Block mit der rechten Trikolore gebildet, PRC und Potere al Popolo haben sich in der x-ten Ausgabe einer bürgerlich-progressiven Liste hinter der überwiegenden und totalisierenden Präsenz von De Magistris getarnt. Eine Art Ingroia 2.0-Liste.

Die PCL hat keinen Grund, sich zu verstecken oder sich anderen unterzuordnen. Sie präsentiert sich als das, was sie ist: auf der Seite der Lohnabhängigen gegen das Kapital. Gegen seine Kriege, seine Umweltzerstörung, seine Zerstörung der sozialen Rechte. Denn die einzig wahre Alternative ist eine Neuordnung der gesamten Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage. Eben, eine kommunistische Partei.

Solidarität mit den von den pro-russischen Bossen unterdrückten Lugansker Arbeitern

Die Bergarbeitergewerkschaft von Komsomolsk (LNR – Lugansker Volksrepublik) kämpft seit vielen Jahren aktiv für die Rechte der Arbeiter. Im Jahr 2020 streikten die Beschäftigten mehrere Monate lang wegen nicht gezahlter Löhne. 124 Bergleute blockierten das Bergwerk.

Dann unterbrachen die Eigentümer die Stromzufuhr, stellten die Belüftung und Entwässerung ein und ließen nicht zu, dass die Bergleute in der Mine versorgt wurden.

Darüber hinaus entführte das MGB (Ministerium für Staatssicherheit) 21 Arbeiter und folterte sie. Viele von ihnen wurden bald wieder freigelassen, aber Igor und Witali Efanow, Arbeiter im Bergwerk Komsomolskaja, Stanislaw Tkatschenko, Arbeiter im Bergwerk Beloretschenskaja, und vier weitere Bergleute blieben 12 Tage lang in Haft. Sie wurden mit Elektroschocks gefoltert und gezwungen, vor TV-Kameras „Straf-

taten“ zu gestehen.

Als ob dies nicht schon genug wäre, wurde 2020 im selben Hüttenwerk in Alchevsk der Kranführer Anzhelika Borisenko entführt und gefoltert und wegen angeblicher Sicherheitsverstöße von der Arbeit suspendiert. Darüber hinaus wurde der Abgeordnete Serhiy Kuts, einer der Führer der Arbeiterbewegung im Donbass, im Dezember 2020 im Zentrum von Donezk entführt und am nächsten Tag auf der anderen Seite der Stadt aus seinem Auto geworfen, nachdem er brutal zusammengeschlagen worden war.

Am 6. März 2022 wurde Artyom Borodin, ein Arbeiteraktivist, Kommunist und Mitglied der Revolutionären Arbeiterpartei, entführt, und wir wissen immer noch nicht genau, was mit ihm geschehen ist.

Gestern berichtete die Gewerkschaft, dass die Frau eines Arbeiters, der sich gegen die Armee stellte, vom Ministeri-

um für Staatssicherheit entführt wurde. Dies geschah, nachdem sich die Ehefrauen der Streikenden beim Chef der LPR, Pasechnik, über die Notlage ihrer Männer beschwert hatten. Eines der Mädchen wurde verhaftet und gezwungen zu gestehen, dass sie eine SBU-Agentin (ukrainischer Geheimdienst) ist; ihr drohen nun 20 Jahre Gefängnis.

Die Gewerkschaft hat keinen Zweifel daran, dass das Mädchen auf die gleiche Weise gefoltert wurde wie andere Gewerkschafter in den letzten acht Jahren.

Die Revolutionäre Arbeiterpartei verurteilt die Repressionen durch die bürgerlichen Führungen der DN/LNR (Donezker und Lugansker Volksrepublik) und drückt auch ihre Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter*innen für ihre Rechte aus!

27. Mai 2022

Revoljutionsnaja Rabotschaja Partija



Erklärung des CoReP

Die globale Nahrungsmittelkrise

Der Kapitalismus, der sich in kombinierten globalen Krisen verstrickt, führt die Menschheit und ihre Umwelt systematisch in die Zerstörung. Aus chronischen Ernährungsschwierigkeiten wird eine echte globale Ernährungskrise.

Der Krieg hat globale Auswirkungen, die die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer zu verwüsten drohen. (António Guterres, UN Info, 13. April 2022)

Trotz der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, der landwirtschaftlichen Erträge und der Transportmittel ist Massenhunger kein archaischer Begriff. Im Gegenteil: Heutzutage sind sogar Arbeiter in den imperialistischen Metropolen von Unter- und Mangelernährung betroffen. Laut dem Welternährungskrisenbericht ist die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, im Jahr 2021 auf 193 Millionen gestiegen. In den nächsten zwei bis drei Jahren wird erwartet, dass diese Zahl exponentiell ansteigt und sogar die Milliardengrenze erreichen könnte. Der Kapitalismus, der sich in Form von Nationalstaaten organisiert hat, ist nicht in der Lage, diese Krise durch eine Koordination der Länder oder durch Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) zu bewältigen.

Daraus ergibt sich eine Schlussfolgerung: Das Weiterbestehen des Kapitalismus ist für die Menschheit und viele andere Arten gefährlich. Ein weiteres Ergebnis ist, dass sich Hungerrevolten ausbreiten werden.

Wenn wir den Kapitalismus bei der konkreten Analyse einer bestimmten Situation ignorieren, wenn wir es peinlich vermeiden, ihn beim Namen zu nennen, wenn wir das Problem aus der von ihm erzwungenen Perspektive betrachten und stattdessen Illusionen erzeugen, dass das Problem innerhalb des Kapitalismus, mit seinen Institutionen, gelöst oder zumindest auf ein vernünftiges Niveau gebracht werden kann, erfüllen wir keine andere Aufgabe als die, die kapitalistische Zerstörung zu verschleiern.

Der Kapitalismus produziert zwar immer noch Reichtum, löst aber keine Probleme. Im Gegenteil, mit dem Wirtschaftswachstum geht jede Art von Zerstörung einher. Krisen, Armut, menschliches und soziales Übel, Umweltzerstörung, Kriege verschärfen sich und die Krise der Zivilisation zeichnet sich ab. All die Katastrophen, die durch die kapitalistische Zerstörung verursacht werden, sind keine Dystopien, sondern die zeitgenössische Realität.

Die Ernährungskrise ist ein Beweis dafür. Die Bourgeoisie der meisten imperialistischen Länder argumentiert, dass der einzige Grund dafür der russische Einmarsch in die Ukraine ist. Damit schiebt sie die gesamte Verantwortung auf den russischen Staat ab. Die russische Invasion in ein Getreide exportie-

rendes Land hat die weltweiten Ernährungsprobleme verschärft. Der Krieg hat die Nahrungsmittelkrise jedoch nur beschleunigt. Klimaexperten, Agrarwissenschaftler und die weltweiten Organisationen der Bourgeoisie erwarteten eine weltweite Nahrungsmittelkrise um das Jahr 2030 herum. Und der Hauptgrund lag im kapitalistischen Agrar- und Lebensmittelmarkt, der Verschlimmerung der ökologischen Situation und der Klimakrise.

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ist die Welt in eine rapide globale Nahrungsmittelkrise geraten. Die Lebensmittelpreise sind weltweit auf Rekordhöhe gestiegen, die Werktätigen vieler Länder leben in der Hölle der Hyperinflation, sind mit Massenhunger, Mangel an angemessener und gesunder Ernährung und anderen lebensbedrohenden Problemen konfrontiert. Der Grund, der die Nahrungsmittelkrise mit dem Krieg in der Ukraine auf dieses Niveau bringt, ist folgender: Russland und die Ukraine sind die Kornkammer der Welt.

Vor dem Krieg produzierte die Welt zwischen 780 und 800 Millionen Tonnen Weizen pro Jahr. 12 % der weltweiten Weizenexporte stammen allein aus der Ukraine: Im Zeitraum 2020-2021 exportierte die Ukraine 17 Millionen Tonnen Weizen (von 190 Millionen Tonnen, die weltweit exportiert wurden) und 24 Millionen Tonnen Mais (von 298 Millionen Tonnen). Mehr als 50 Länder decken mindestens 30 % ihres Weizenbedarfs aus Russland oder der Ukraine. Seit dem 24. Februar verhängte Russland eine Blockade gegen die Schwarzmeerhäfen der Ukraine; die Ukraine hat das Schwarze Meer vermint, um ihre Küste zu schützen. Zwischen 20 und 25 Millionen Tonnen Getreide (Weizen, Mais) und Ölsaaten (Sonnenblumen), die im Jahr 2021 geerntet werden, sind in den Silos blockiert. Die Ausfuhren erfolgen seitdem nur noch auf dem teuren Landweg. Als Vergeltungsmaßnahme gegen Russland verhängten die USA, die EU und ihre Verbündeten ein Wirtschaftsembargo, wodurch die russischen Lebensmittelexporte auf ein historisches Minimum gesunken sind.

Die ukrainischen Weizenexporte auf dem Seeweg werden dank des am 22. Juli unter der Schirmherrschaft der Türkei und der Vereinten Nationen mit Russland unterzeichneten Abkommens möglicherweise wieder aufgenommen. Doch die Versicherungsprämien für den Transport werden, selbst wenn das Abkommen umgesetzt wird, den Verkaufspreis verteuern. Der Krieg wird sich weiterhin auf die Landwirtschaft der Ukraine auswirken: Die Ernten werden voraussichtlich um mindestens 30 % geringer ausfallen als vor dem Februar 2022.

Andererseits leidet der zweitgrößte Weizenproduzent der Welt, nämlich Indien, aufgrund der heißesten Monate seit 121 Jahren unter einer Dürre, und um der Gefahr einer Hungersnot entgegenzuwirken, hat der Staat den Export von Weizen und

anderen Nahrungsmitteln verboten.

Mit der Erholung der Weltwirtschaft im Jahr 2021 und dem Krieg in der Ukraine verzeichnen auch die Öl- und Gaspreise Rekordanstiege, wodurch die Preise für Düngemittel und Treibstoff für landwirtschaftliche Maschinen steigen. Aufgrund der hohen Energiepreise und der hohen Kosten für die Nahrungsmittelproduktion verbot Ägypten im März die Ausfuhr von Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Mehl, Bohnen und Linsen. Indonesien, das 60% der weltweiten Palmölexporte auf sich vereint, verbot alle Ausfuhren von Lebensmitteln und Agrarprodukten.

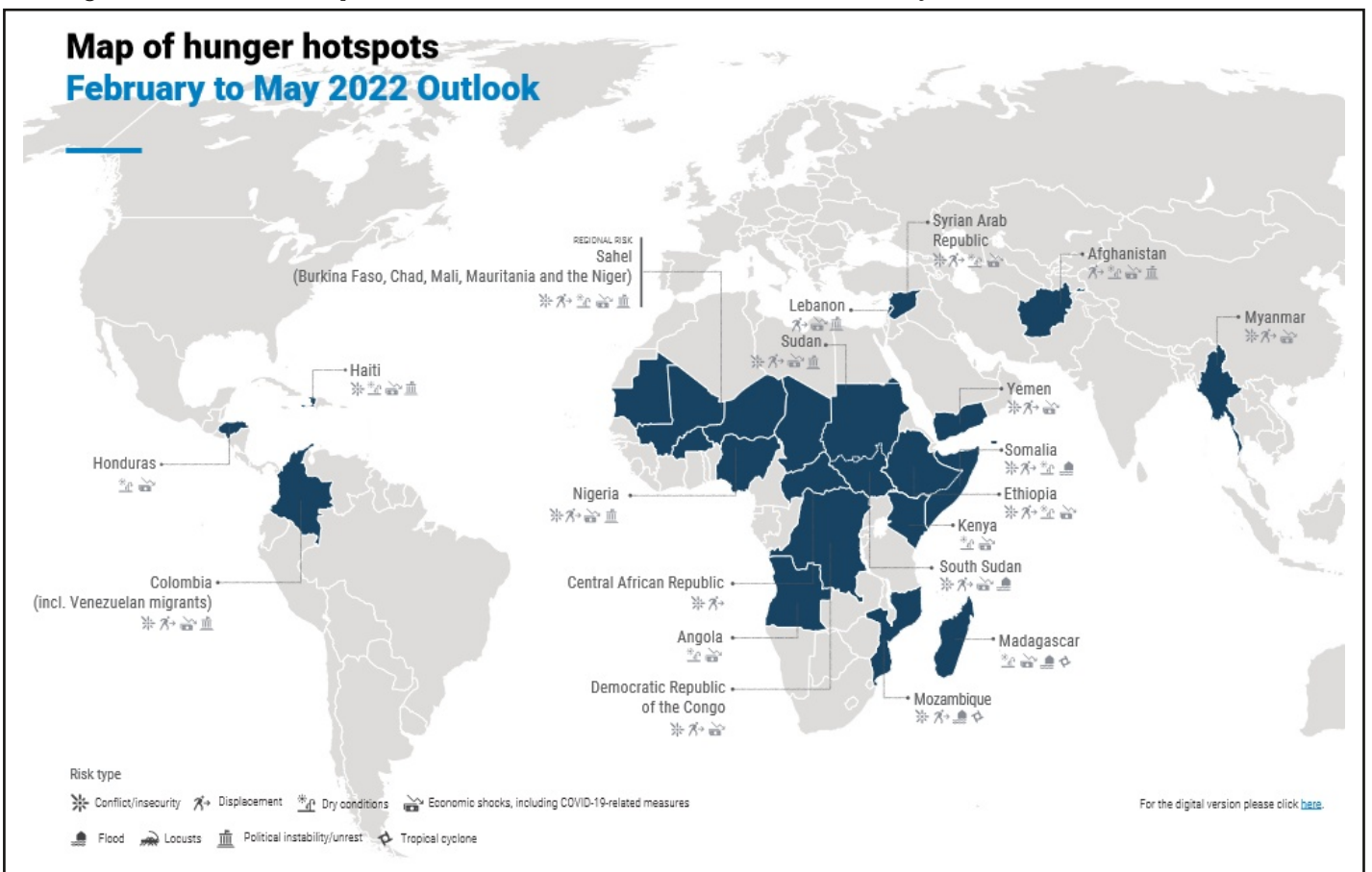
Was China betrifft, so wird seine Politik in den Worten zusammengefasst, die Staatschef Xi Jinping bei jeder Gelegenheit wiederholt: Das chinesische Volk muss seine Reisschüssel fest in den Händen halten. Der Staat hat einen erheblichen Teil der Nahrungsmittel- und Getreideexporte verboten.

• *Bildung neuer massiver Flüchtlingsbewegungen in Ländern mit Hungersnotgefahr, insbesondere in Afrika, und neue grausame politische Maßnahmen der europäischen Staaten, der USA, Kanadas, Australiens, Chinas und Japans, mit denen sie versuchen, diese Migration zu verhindern.*

• *Zunahme des Protektionismus, der eine Verschlechterung der globalen Ernährungssituation verursachen und die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten verschärfen wird.*

• *Aufkommen von Volksrevolten, die den Kapitalismus angesichts der Nahrungsmittelkrise erschüttern könnten (das erste Beispiel ist Sri Lanka)*

Die Summe der kombinierten Krisen, die der Kapitalismus durchmacht, und die Tatsache, dass sich diese Krisen wiederholen und verschärfen, die Tatsache, dass dieses System zerfällt, die Ergebnisse des Versagens in allen Bereichen der neoliberalen oder keynesianischen Politik sind der deutlichste



Der internationale Getreidemarkt ist undurchsichtig, da er von einem Oligopol aus einigen wenigen kapitalistischen Großunternehmen kontrolliert wird. Die Nahrungsmittelkrise ist für sie eine Chance, so, wie der Anstieg der Öl- und Gaspreise für die Ölkonzerne. Durch Spekulation werden die Schwankungen auf dem Weltmarkt verstärkt. Seit Kriegsbeginn ist der Preis für Weizen um 45 % gestiegen.

Wir können die Ergebnisse dieser Krise folgendermaßen zusammenfassen:

- *Behinderung der körperlichen und geistigen Entwicklung von Dutzenden Millionen unterernährter Kinder.*
- *Krankheiten, die durch die mangelhafte Ernährung von Hunderten Millionen Menschen entstehen werden, und die Gefahr einer neuen globalen Gesundheitskrise.*
- *Tod von Millionen Menschen durch Hunger.*

Ausdruck dafür, dass der Kapitalismus gescheitert ist. Der Hauptgrund hinter der ökologischen Krise und der damit verbundenen Nahrungsmittelkrise, hinter dem Krieg in der Ukraine und im Jemen ist, dass die Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktivkräfte zunehmend mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, dem Streben nach Profit, aufeinander prallt.

Das Kapital krepelte in seiner Entwicklung alle Bereiche um, die seinem Zugriff entgangen waren. Es ersetzt den Handwerker durch die Industrie, den Wucherer durch die Bank, den kleinen Kaufmann durch die großen Handelsketten, es ersetzt den Kleinbauern durch die kapitalistische Landwirtschaft. Die unvermeidliche Folge war eine Massenmigration vom Land in die Städte. Die von den unabhängigen Bauern leer gelassenen Flächen machten Platz für echte kapitalistische Unternehmen.

Viele der überlebenden arbeitenden Bauern sind bei Banken verschuldet, gezwungen, Einwegs Saatgut zu kaufen, im Übermaß landwirtschaftliche Betriebsmittel (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Pestizide) zu verwenden, für den Export zu produzieren... Oft fallen ihre Kulturen und ihr Vieh der Dürre oder der Versalzung des Bodens zum Opfer. In tropischen Ländern zerstören die Agrarkapitalisten mit der Komplizenschaft ihres bürgerlichen Staates den Wald, um Monokulturen oder extensive Viehzucht zu betreiben, deren Produkt für die dominierenden Länder bestimmt sind. Überall verschmutzt die kapitalistische Landwirtschaft die Böden und die Natur.

Unabhängig davon, ob es sich bei den kapitalistischen Energiekonzernen um staatliche oder private Unternehmen handelt, haben sie lange Zeit Verbrennungsmotoren bevorzugt. Sie fördern weiterhin massiv Kohle (auf Kosten des Lebens Tausender Arbeiter jedes Jahr durch Unfälle und Berufskrankheiten), welche die Energieform mit dem höchsten Treibhausgasausstoß ist. Die Führer der kapitalistischen Länder, die von Wissenschaftlern vor der Klimakatastrophe gewarnt wurden, veranstalten immer mehr Gipfeltreffen und machen immer mehr Versprechungen, doch in Wirklichkeit steigen die Treibhausgasemissionen immer weiter an.

Die Aktivitäten des Kapitalismus haben buchstäblich Dynamit unter das Ökosystem gelegt. Dies hat zu einer ökologischen Krise geführt, die einen Punkt erreicht, der das Ende des Planeten vorbereitet. So breitet sich die Dürre nun tief nach Europa aus und stellt in vielen bislang verschonten Regionen die landwirtschaftliche Nutzung von Ackerbau und Viehzucht in Frage. So ist beispielsweise die gesamte Po-Ebene in Italien stark betroffen. Der Hintergrund der Nahrungsmittelkrise, die wir derzeit erleben, sind die Grenzen der kapitalistischen Landwirtschaft, die globale Erwärmung und die imperialistischen Rivalitäten um die Neuaufteilung der Welt.

Die sozialen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in einigen Ländern erringen konnte, werden für die Bourgeoisie seit den weltweiten kapitalistischen Krisen 1973-1974 unerträglich. Der bürgerliche Staat schränkt häufig die demokratischen Freiheiten ein, um den Widerstand des Proletariats, der armen Bauern, der in Ausbildung befindlichen Jugend und der Arbeiter im informellen Sektor zu ersticken. Er verstärkt die Bespitzelung, die polizeiliche Repression und das Militär. Neue Parteien oder die alten Parteien der Bourgeoisie greifen auf Klerikalismus, Chauvinismus und Rassismus zurück. Wieder tauchen faschistische Banden auf, von den Proud Boys bis zum Islamischen Staat.

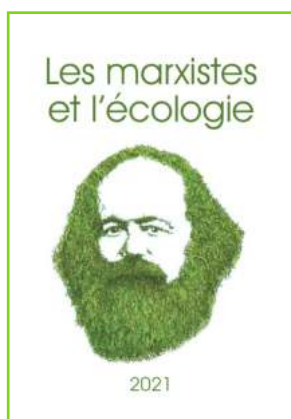
Die Wellen der Revolte gegen Ausbeutung und Unterdrückung haben nie aufgehört. Hinzu kommen zunehmend Kämpfe zum Schutz der Umwelt. Aufgrund des Fehlens einer revolutionären proletarischen Führung bringen diese Revolten jedoch entweder Volksfrontkoalitionen (zwischen den traditionellen Arbeiterparteien und den bürgerlichen Parteien) an die Macht oder führen zu noch reaktionärerem Regimen. Beide Behelfslösungen ermöglichen es dem Kapitalismus, weiter zu bestehen.

Die Pflicht der internationalistischen kommunistischen Kader ist es, sich zu sammeln und sich mit den Massen (insbesondere in den Gewerkschaften) zusammen zu schließen. Sie müssen bei der Selbstorganisation und Selbstverteidigung helfen, um die Alternative der sozialistischen Weltrevolution wiederzubeleben. Diese Revolten müssen mithilfe eines Übergangsprogramms auf die Zerstörung des Kapitalismus gerichtet werden. Die internationalistischen Kommunist*innen müssen ihr Augenmerk auf den Aufbau der Partei der Weltrevolution als Mittel dazu richten.

- Anpassung der Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Inflation!
- Verbot der kapitalistischen Verschwendung von Energie und Wasser!
- Enteignung des gesamten Energiesektors und des Getreidehandels unter Arbeiterkontrolle!
- Nein zu Patenten im Lebensmittel- und Agrarsektor!
- Vergesellschaftung der Wasserressourcen unter der Kontrolle der Arbeiter*innenorganisationen und der armen Bauernschaft!
- Vorrang für erneuerbare Energien! Für eine Energiewende, die sich auf wissenschaftliche Forschung und die Beherrschung der Energiekreisläufe der verschiedenen verfügbaren Quellen stützt, um eine drastische Senkung der Treibhausgasemissionen zu gewährleisten.
- Weltweite Planung der Energieerzeugung durch die Arbeiter!
- Enteignung der kapitalistischen Agrarunternehmen, um sie durch Genossenschaften zu ersetzen!
- Arbeiter*innenregierung!
- Demokratische Planung der Produktion und Verteilung!
- Sozialistische Weltrevolution!

27. Juli 2022

Kollektiv Permanente Revolution
(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)



Die Marxisten und die Ökologie

Mit rasanter Geschwindigkeit treibt der verfaulende Kapitalismus die Menschheit durch die von Profitgier befeuerte Naturzerstörung auf die Barbarei zu. Der „Eintrittspreis“ in eine sozialistische Gesellschaft wird damit immer höher. Wie positionieren sich Marxist*innen in dieser Frage, woran kranken die (klein)bürgerlichen Antworten auf diese Probleme?

Die Broschüre kann auf Französisch mittels des QR-Codes heruntergeladen werden. Eine Übersetzung ist in Vorbereitung!





Vereinigte Staaten

Nieder mit der Reaktion! Für das Recht auf freie und kostenlose Abtreibung!

Roe/Wade-Urteil von 1973: ein begrenztes und fragiles Recht

Das Recht auf Abtreibung ist das Ergebnis der Mobilisierungen der arbeitenden Frauen für Emanzipation, der Schwarzen für Gleichberechtigung, eines Teils der studierenden Jugend und der Wehrpflichtigen gegen den Vietnamkrieg, die in den 1960er und 1970er Jahren die Zitadelle des globalen Kapitalismus erschüttert haben. Mit dem Roe/Wade-Urteil von 1973 erkannte der Oberste Gerichtshof zwar das Recht auf Abtreibung an, aber das war nur eine Minimalantwort auf die immer drängenderen Forderungen der damaligen feministischen, demokratischen oder politischen Bewegungen. In der Roe/Wade-Entscheidung hieß es zwar, dass „das Recht auf Privatsphäre, das im 14. Zusatzartikel der Verfassung verankert ist, weit genug gefasst ist, um auf die Entscheidung einer Frau über den Abbruch ihrer Schwangerschaft Anwendung zu finden“. Der Oberste Gerichtshof erkannte 1992 in der Casey-Entscheidung aber auch an, dass jeder Staat das Recht auf Abtreibung einschränken kann, wenn er beispielsweise der Meinung ist, dass die Schwangerschaft zu weit fortgeschritten ist. Das Recht auf Abtreibung war also weit entfernt von einem einheitlichen, freien und kostenlosen Recht auf Abtreibung, das in den gesamten Vereinigten Staaten gelten würde, sondern ein dehnbare Recht, da es den einzelnen Bundesstaaten überlassen blieb, dieses Recht einzuschränken.

Das gesamte Spektrum der reaktionären Organisationen, die in jedem Bundesstaat darum kämpfen, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit allen Mitteln zu beschneiden, hatte freie Bahn: Sie setzten immer restriktivere Gesetze durch, um dann endlose Rechtsstreitigkeiten vor den Berufungsgerichten der einzelnen Bundesstaaten und schließlich in letzter Instanz vor dem Obersten Gerichtshof auszufeuchten. Als wäre das nicht genug, wurden Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführten, bedroht oder sogar angegriffen und ihre Familien von religiösen Heuchler*innen und Faschist*innen belästigt. So ist in Mississippi die Zahl der Kliniken, die Abtreibungen durchführten, von 14 auf eine einzige im Jahr 2016 gesunken. Das war auch in sechs anderen Bundesstaaten so.

Ein Bundesgesetz, das für jeden Staat bindend ist und genaue Regeln für das Recht auf Abtreibung festlegt, würde dieses Recht natürlich absichern. Obama hatte dies versprochen, als er 2008 mit der Nominierung der Demokratischen Partei für seine erste Amtszeit in den Wahlkampf zog: „Das ist das Erste,

was ich tun werde, wenn ich Präsident bin“, sagte er. Doch kaum gewählt, weigerte er sich, den Kampf gegen die republikanische Opposition aufzunehmen, legte nicht einmal einen Gesetzesentwurf vor und erklärte kurz darauf 2009: „Das ist im Moment nicht mehr meine Priorität“. Bis Anfang 2010 verfügte Obama jedoch nicht nur über eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, sondern auch über eine „Supermehrheit“ im Senat, d. h. über 60 % der Stimmen, eine Voraussetzung, um sich über jeden Obstruktionsversuch der Republikaner hinwegsetzen zu können. Es handelt sich also um einen schlichten Verrat des demokratischen Präsidenten, dessen Wahlversprechungen seiner ständigen Sorge um die Wahrung der nationalen Einheit nicht lange standgehalten haben. Davon wird während seiner beiden Amtszeiten keine Rede mehr sein...

Während die Republikanische Partei der Träger des Kampfs gegen das Recht auf Abtreibung ist, sind die zahlreichen US-amerikanischen Kirchen, die sowohl auf republikanischer als auch auf demokratischer Seite einflussreich sind, die Speerspitze der Kampagne gegen das Recht auf Abtreibung. Dies wird durch den Eid auf die Bibel bei jeder Amtseinführung des Präsidenten oder das offizielle Motto der USA seit 1956 „in God we trust“ (in Gott vertrauen wir), das auf allen Münzen und Banknoten erscheint, verdeutlicht.

Wenn jedoch Pastoren und Pfarrer mit ihren mittelalterlichen Verboten, Doktrinen und Moralvorstellungen die Fahnenträger der reaktionären Bourgeoisie sind, um die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten zu bekämpfen, ist dies nicht spezifisch für die USA. Man findet das gleiche Phänomen auch in Polen gegen das Recht auf Abtreibung, in Frankreich gegen die Rechte von LGBT-Menschen oder im Iran und erst recht in Afghanistan gegen die Rechte von Frauen und Homosexuellen usw. Dutzende US-amerikanische Organisationen, die gegen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehen eingestellt sind, unterstützen ähnliche Bewegungen auf der ganzen Welt ideologisch und finanziell.

24. Juni: Der Oberste Gerichtshof weist das Roe/Wade-Urteil zurück

Die „Gründerväter“ (meist sklavenhaltende Großgrundbesitzer), die die USA mithilfe der Mobilisierung der bewaffneten Massen gründeten, führten eine demokratische Republik ein: niedergeschriebene Verfassung, gewähltes Parlament, Mehrparteiensystem. Sie schränkten die emanzipatorische Wirkung dieser Fundamente jedoch von vornherein ein, indem sie die

Der Präsident setzt im Übrigen noch eines drauf:

Um dieses Recht auf Wahl zu schützen, müssen die Wähler im November mehr Pro-Choice-Senatoren wählen und eine Pro-Choice-Mehrheit im Repräsentantenhaus erneuern. (Joe Biden, Kommunique, 11. Mai)

Das Grundrecht der Frauen auf freie und kostenlose Abtreibung hängt nicht von Wahlergebnissen ab, weder in den USA noch anderswo. Es hängt auch nicht von der Demokratischen Partei, sondern in erster Linie von der Mobilisierung nicht nur der Frauen, sondern der gesamten Arbeiter*innenklasse, um der Staatsgewalt dieses Recht abzuringen, um den bürgerlichen Staat selbst in Frage zu stellen. Die Gewerkschaftsverbände AFL-CIO und CtW, die Gewerkschaften der Lohnabhängigen müssen aufhören, die Parteien der Bourgeoisie zu finanzieren, und einen effektiven Kampf für die Rechte der arbeitenden Frauen aufnehmen. Die DSA müssen mit der Demokratischen Partei brechen und den Weg des Klassenkampfes und der Arbeiter*innenfront beschreiten.

• **Pfaffen aller Glaubensrichtungen und Richter des Obersten Gerichtshofs: Hände weg vor den Rechten der Frauen!**

• **Einheitsfront der Gewerkschaften, Frauenorganisationen und unterdrückten Minderheiten für eine landesweite Generalmobilisierung gegen den Obersten Gerichtshof, für das Recht auf freie und kostenlose Abtreibung! Schutz für Familienplanungsverbände, Abtreibungskliniken, Demonstrationen durch die Arbeiter*innen!**

• **Zwingendes Bundesgesetz für das Recht auf Sexualkundeunterricht, für kostenlose Verhütung und Abtreibung!**

• **Abschaffung des Obersten Gerichtshofs! Trennung des Bildungswesens, des Bundesstaates und der Einzelstaaten von jeder Religion und jeder religiösen Institution! Arbeiter*innenregierung !**

24. Juli 2022

Kollektiv Permanente Revolution
(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)



Das imperialistische China verfolgt die Uigur*innen

In der 1955 gegründeten autonomen Provinz Xinjiang (Mandarin: „Neue Grenze“) am westlichen Rand Chinas geht die chinesische Regierung unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung hart gegen die uigurische Bevölkerung vor.

Die Uiguren, ein turksprachiges, überwiegend muslimisches Volk, von dem die große Mehrheit (9 Millionen) im äußersten Westen Chinas lebt, stammen historisch gesehen aus Turkestan (Land der Türken). Nach der russischen und chinesischen Kolonialisierung im 18. und 19. Jahrhundert wurde diese zentralasiatische Region in Russisch-Turkestan und Chinesisch-Ostturkestan aufgeteilt und umfasst auch Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan. Heute gibt es dort eine uigurische Diaspora, die auf 500.000 bis 1 Million geschätzt wird und das Ergebnis zahlreicher Fluchtbewegungen ist.

Xinjiang in den Wirren der Bürgerkriege

Die türkische Bevölkerung führte im 10. bis 11. Jahrhundert auf Kosten des Buddhismus und des Christentums die muslimische Religion in Zentralasien ein. Das chinesische Kaiserreich erobert Xinjiang im Jahr 1659. Im 19. Jahrhundert wird es von den kapitalistischen Mächten (Großbritannien, Frankreich,

Russland, USA, Japan...) zerstückelt.

Pantürkische Nationalisten nutzten die Gelegenheit, um einen unabhängigen Staat zu gründen, die Türkisch-Islamische Republik Ostturkestan (1933-1934). Die Hans (die ethnische Mehrheit in China: heute 92% der VR China) wurden 1933 gezwungen, zwischen dem Islam oder der Hinrichtung zu wählen.

1944 gründete eine neue Generation von nationalistischen Kasachen und Uiguren mit Hilfe der UdSSR die Republik Ostturkestan. Die von Stalin verkörperte russische Bürokratie versucht, der imperialistischen Bedrohung durch Japan entgegenzuwirken. Die Nationalisten setzen auf die Religion und verfolgen die Hans.

Als die Bauernarmeen unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas 1949 das chinesische Festland von den bürgerlichen Nationalisten der Guomindang eroberten, vereinbarten Stalin und Mao, die Regierung von Ostturkestan physisch zu liquidieren. Offiziell fällt die Regierung einem Flugzeugabsturz zum Opfer. Der chinesische Staat, der dem Modell der UdSSR nachempfunden ist, vereinigt das Land (mit Ausnahme von Taiwan und Hongkong, das inzwischen vom Vereinigten Königreich zurückgegeben wurde), stürzt die Kapitalisten und Grundbesitzer, emanzipiert die Frauen, trennt den Staat von

den Religionen und alphabetisiert die Bevölkerung.

Doch der 1952 aufkommende „Sozialismus“ stand von Anfang an unter der Kontrolle einer privilegierten und totalitären Bürokratie, die sehr männlich und fast ausschließlich Han-chinesisch war. Das Mao-Regime inszenierte zwar Auftritte von Uiguren in traditionellen Gewändern, die ihre Sprache sprachen, förderte aber gleichzeitig die Errichtung von Han-Siedlungszentren durch das Xinjiang Production and Construction Corps (CPCX).

Das kapitalistische China kolonisiert Xinjiang

Der Anteil der Hans stieg in der „autonomen Region“ Xinjiang von 6,7 Prozent im Jahr 1949 auf 39 Prozent im Jahr 2010. In der Zwischenzeit veränderte sich der Charakter des Staates, als die Mehrheit der Bürokratie 1992 unter der Führung von Deng Xiaoping den Kapitalismus wiederherstellte.

In den 2000er Jahren drängte der bürgerliche Staat die uigurische Sprache aus dem Bildungswesen zurück und bevorzugte das Standardchinesisch (Giulia Cabras, „Entre résistance et adaptation, la place de la langue uïghoure dans l'espace sinisé de Ürümqi“, Perspectives chinoises n° 2, 2017). Der allmähliche Rückzug des Staates aus der Vergabe von Stipendien an ethnische Minderheiten, die Liberalisierung des Bildungswesens und dessen Verteuerung haben zu einem Rückgang der Qualifikation der ärmsten Bevölkerungsgruppen geführt.

Im Jahr 1990 stellten die Uiguren 54% der Bevölkerung, aber 76% der Landarbeiter gegenüber 30% der Direktoren und Vorstandsmitglieder. Die Ungleichheit wird auch daran gemessen, dass die Kindersterblichkeit bei den Uiguren 3,6 Mal höher ist als bei den Hans und die Lebenserwartung um 2,5 Jahre niedriger, und das in einem Land, in dem es keine soziale Absicherung gibt (Rémi Castets, „Le mal-être des Ouïghours du Xinjiang“, Perspectives chinoises Nr. 4, 2003).

Diese wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Han-Siedlern und der uigurischen Mehrheitsbevölkerung riefen eine antikoloniale Bewegung hervor, die unter der Kontrolle des nationalistischen und islamistischen Kleinbürgertums bleibt.

Im Februar 1997 kam es in Guldja (Yining auf Chinesisch) drei Wochen lang zu Demonstrationen und Unruhen, nachdem zwei uigurische Studenten während des Ramadan von der chinesischen Polizei wegen „illegaler religiöser Aktivitäten“ verhaftet worden waren. Die Zahl der Getöteten betrug mehrere hundert und die Zahl der Vermissten mehrere tausend.

Die Anschläge vom 11. September 2001 waren für die chine-

sischen Behörden Anlass, unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Dschihadismus und des muslimischen Terrorismus gegen die uigurische Kultur und die Bevölkerung von Xinjiang vorzugehen.

Im März 2008, kurz vor den Olympischen Sommerspielen in Peking, wurde eine Demonstration uigurischer Unabhängigkeitsbefürworter in Hetian brutal aufgelöst, wobei 600 von ihnen inhaftiert wurden. Auch gab der Gouverneur der Provinz Xinjiang bekannt, dass er bei einem Polizeieinsatz gegen eine uigurische Separatistengruppe in Urumqi einen islamistischen Anschlag auf die Olympischen Spiele vereitelt hatte.

Die Unruhen in Urumqi im Juli 2009 waren ein weiterer Ausdruck der Spannungen zwischen Hans und Uiguren, nachdem zwei uigurische Arbeiter in einer Spielzeugfabrik in Shaoguan (Küstenprovinz Guangdong) ums Leben gekommen waren. Nach Angaben der chinesischen

Regierung forderten die Auseinandersetzungen 197 Todesopfer und 1.680 Verletzte.

2016: Die Unterdrückung durch die Machthaber nimmt zu

Die Lage der Uiguren verschlechterte sich, während die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rest der Welt durch das Seidenstraßenprojekt und den CPEC (China-Pakistan Economic Corridor) auf Hochtouren laufen.

Mit der Ernennung des neuen Gouverneurs von Xinjiang, Chen Quanguo, im Jahr 2016, der für sein brutales Vorgehen in Tibet zwischen 2011 und 2016 bekannt ist, verschärfte die Zentralmacht die Repression mit der Einrichtung von Internierungslagern. Chen blieb bis Ende 2021 im Amt.

Das Mondneujahr und andere chinesische Feiertage wie das Frühlingsfest und das Drachenbootfest haben die heiligen Feiertage der uigurischen Tradition, Eid el-Kebir (Qurban Heyt), Eid el-Fitr (Roza Heyt) und das Frühlingsfest (Norouz), ersetzt und sind als Ausdruck von „religiösem Extremismus“ verboten (Amy Anderson und Darren Bler, „Manger de la hanité“, Chinese Perspectives Nr. 3, 2019). In einem von der Regierung veröffentlichten Weißbuch zur ethnischen Politik in der Region schrieben die staatlichen Behörden, dass die „chinesische Kultur“ künftig als Grundlage für alle anderen ethnischen Kulturen betrachtet werden sollte (Informationsbüro des Staatsrats für Staatsangelegenheiten, 2018).

Diese Vorkehrungen werden von einer Unzahl von fast einer Million nichtmuslimischer Beamter und Polizisten umgesetzt, die sich auf ein biometrisches und digitales Überwachungssystem stützen, das von künstlicher Intelligenz unterstützt wird. Der bürgerliche Staat nutzt diese Technologien, um mit Massenüberwachungsvorrichtungen zu experimentieren: Gesichts-



erkennung, Handy- und Identitätskontrollen (Sylvie Lasserre, Voyage au pays des Ouïghours, EHESS, 2010). Sie untersuchen jeden Ort (1.400 Orte in Urumqi). Jedes Haus wird mit einem QR-Code (Quick Response Code) versehen, der den Behörden alle Informationen über die Familie liefert. Peking geht sogar so weit, dass uigurische Einwohner verpflichtet werden, mit einem Han-Chinesen in ihrem Haus zu leben.

Die DNA-Probe jeder Person wird mit den Daten der Gesichtserkennung verknüpft (Sylvie Lasserre, Voyage au pays des Ouïghours, EHESS, 2010).

In sogenannten Bildungs- und Ausbildungszentren, die eher als Auffanglager zu bezeichnen sind, sollen alle Personen untergebracht werden, die von Peking verdächtigt werden, politisch „unkorrekte Gedanken“ zu hegen. In Xinjiang sollen zwischen 500 und 1.000 geheime Auffanglager errichtet werden, in denen nach Schätzungen von uigurischen Organisationen bis zu drei Millionen unschuldige Zivilisten eingesperrt werden sollen.

Die Gefangenen werden unter unmenschlichen Bedingungen interniert (mehrere Dutzend Menschen auf 12 Quadratmetern), unterliegen einer militärischen Disziplin und müssen Loblieder auf Xi Jinping und die Kommunistische Partei Chinas singen. Sie müssen Mandarin lernen, dessen korrekte Beherrschung die Voraussetzung für ihre Freilassung ist, selbst für Analphabeten und ältere Menschen.

Laut Human Rights Watch (Eradicating Ideological Viruses, 2018) reicht es aus, den Islam zu praktizieren, das soziale Netzwerk WhatsApp oder ein VPN (Virtual Private Network) auf seinem Mobiltelefon zu installieren, um interniert zu werden.

In einigen Lagern setzen die Behörden Zwangsarbeit ein und bedienen sich der Sterilisation von Männern und Frauen zur Geburtenkontrolle sowie von Foltervorrichtungen (Verwendung von Handschuhen, die Starkstromstöße abgeben, um die Häftlinge zu schlagen, Unterbringung in Brunenschächten, wo sich Gefangene nicht bewegen können).

Tausende uigurische Kinder, die ihren internierten Eltern entrissen wurden, werden in Waisenhäusern untergebracht, während Han-Siedler das Land der eingesperrten Bauern übernehmen.

Die Tageszeitung New York Times veröffentlichte am 17. November 2019 über ein exfiltriertes Mitglied der KPCh vierhundert Seiten offizieller Dokumente der KPCh, die eine bewusste Strategie der chinesischen Regierung dokumentieren, Angehörige ethnischer Minderheiten noch vor einer Straftat vorbeugend einzusperren. Sie enthüllen, dass die „Berufungstrainingszentren“ in Wirklichkeit Zentren zur „Umerziehung“, zur Prägung der Ideologie und des Verhaltens, sind.

Wirtschaftliche Herausforderungen für den chinesischen Kapitalismus

Wenn der Separatismus oder der Kampf gegen den islamischen Radikalismus der chinesischen Zentralmacht als Rechtfertigung dient, besteht kein Zweifel daran, dass es im Sinne ihren wirtschaftlichen Interessen ist, den Reichtum dieser westlichen Provinz an sich zu reißen (BIP von umgerechnet 202 Mrd. Euro im Jahr 2020 gegenüber 57 Mrd. Euro im Jahr 2008). Für das Jahr 2021 wurde ein Wachstum von 7 % ver-

zeichnet, womit die Region in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf Platz 13 der 31 chinesischen Provinzen liegt.

Die Han-Bourgeoisie konnte die an Kohlenwasserstoffen reiche Region mit ihrem Mineralreichtum und unberührtem Ackerland mithilfe des Programms der CCPX, die auch Bingtuans („Militärbrigaden“) genannt werden, erschließen. Inzwischen kontrollieren sie mittels 1.500 Industrie-, Handels- und Baukonzerne ein Drittel des Ackerlandes und ein Viertel der lokalen Industrieproduktion, was 50% der Exporte der Provinz entspricht. (Rémi Castets. „Le mal-être des Ouïghours du Xinjiang“, Perspectives chinoises n° 4, 2003)

Auf einer Fläche, die 16 % des chinesischen Territoriums ausmacht, werden 85 % der nationalen Gesamtmenge an Baumwolle angebaut, weltweit sind es 20 %. Der Boden ist außerdem reich an Mineralien (Blei, Eisen, Zink, Kupfer, Uran, Gold) und seltenen Erden (Beryllium, Lithium). Letztere sind entscheidend für die Herstellung von polykristallinem Silizium für die Photovoltaikindustrie (45 % der Weltproduktion).

Die Öl- und Gasförderung in den Regionen Aksou und Karamay macht 60% der lokalen Produktion aus und macht sie zur zweitgrößten Ölregion des Landes mit geschätzten Reserven von 30%. Xinjiang ist auch für ein Drittel der Erdgasproduktion des Landes verantwortlich.

Es spielt keine Rolle, dass die Städte in Xinjiang zu den am stärksten verschmutzten der Welt gehören, wie Hotan, Khashgar, Aksu (1., 2. und 7. Stadt mit der höchsten Feinstaubkonzentration in China im Jahr 2020).

Darüber hinaus liegt die Region an einer der „Seidenstraßen“, dafür die Sicherheit und Expansion des chinesischen Imperialismus von wichtiger strategischer Bedeutung sind.

Nach dem Vorbild der chinesischen Küstenstädte haben seit 1992 Yining, Bole und Tacheng (an der Grenze zu Kasachstan), aber auch Urumqi den Status einer „offenen Grenzstadt“ erlangt, in der Steuervergünstigungen eingeführt wurden, um in- und ausländische Kapitalisten anzulocken. Der gleichen Logik folgend eröffnete Peking 2003 eine Freihandelszone in Khorgos an der Grenze zu Kasachstan. Auf einer Fläche von 15 km² beherbergt sie mehrere hundert Unternehmen, die auf Fertigprodukte und neue Technologien spezialisiert sind, mit der notwendigen Infrastrukturen: Bankdienstleistungen, Logistik, Hotels, Ausstellungshallen für chinesische Produkte (Sébastien Peyrouse, „La présence économique chinoise au Kazakhstan“, Perspectives chinoises n° 3, 2008). Im Jahr 2007 sollen mehr als drei Millionen Menschen und zwei Millionen Tonnen Waren über diesen Knoten in Khorgos transportiert worden sein.

Heute gibt es mehr als 16 Trockenhäfen mit Grenzhandelszonen, Lagerfunktionen und Logistikdienstleistungen wie die 2006 eröffnete Freihandelszone Jeiminay, die auf einer Fläche von mehr als 100 Hektar nach Kasachstan und Russland ausstrahlen soll.

Die Interessen der westlichen multinationalen Konzerne

Das Schicksal der Uiguren dient den USA und der EU als Argument und Druckmittel gegen China. Biden spricht im August 2020 sogar von einem „Völkermord“, während die uigurische Bevölkerung in Xinjiang laut der letzten Volkszählung von 8,34 Millionen Menschen im Jahr 2000 auf 11,62 Millionen im Jahr

2020 angestiegen ist. Aber wer kann bei der Verteidigung nationaler Minderheiten Staaten vertrauen, die diskriminieren und massenhaft inhaftieren (2,2 Millionen Menschen sitzen in den USA im Gefängnis), die die Einreise von Flüchtlingen an ihren Grenzen beschränken und die Israel (das durch die Besiedlung Palästinas entstanden ist) anerkennen und unterstützen?

Darüber hinaus operieren westliche multinationale Konzerne schamlos in Xinjiang. Uigurische oder kasachische Arbeitskräfte werden von den großen globalen Textilkonzernen (H&M, Nike, Adidas, Uniqlo, Zara), der Automobil- und Bauindustrie (Volkswagen, Mercedes-Benz, BMW, Siemens, Alstom) oder den IT-Dienstleistern (Apple, Amazon, Samsung, Google) ausgebeutet, unter anderem durch Zwangsarbeit.

In Bezug auf die Ausbeutung von Zwangsarbeitern auf Baumwollfeldern behauptet der französische Luxusgüterkonzern Kering, der dem Milliardär François Pinault, dem drittreichsten Mann Frankreichs, gehört, dass er nicht in der Lage sei, die Herkunft der in seiner Produktionskette geleisteten Arbeit zu identifizieren. Obwohl dies durch das im Februar 2007 verabschiedete französische Gesetz „über die Sorgfaltspflicht“ vorgeschrieben ist, überlässt das Gesetz die Beweislast den Opfern und zwingt die Unternehmen nur dazu, einen „Sorgfaltsplan“ umzusetzen, ohne dass sie zu Ergebnissen verpflichtet sind.

Eine Nichtregierungsorganisation hat festgestellt, dass 80.000 Uiguren von den chinesischen Behörden aus ihrer Heimatprovinz in 27 andere Fabriken des Landes verlegt wurden, die für den internationalen Markt bestimmt sind (Australian Strategic Policy Institute, Uyghurs for sale, 2020). Nicht weni-

ger als 80 westliche Unternehmen würden so von einem überausbeuteten Proletariat profitieren, das einem fast kerkerähnlichen Regime unterworfen ist. Wie etwa in der Taekwang-Fabrik in Qingdao, einem Zulieferer von Nike, wo 600 Arbeiter tagsüber Schuhe herstellen und abends die chinesische Nationalhymne singen und im Rahmen der „Berufsausbildung“ und der „patriotischen Erziehung“ Mandarin lernen.

Die Brüsseler Lobbygruppe der Unternehmer, Business Europe, widersetzt sich jedem Versuch, das französische Gesetz „über die Sorgfaltspflicht“ auf die gesamte EU auszuweiten - jeglicher Richtlinie zum Verbot der Einfuhr von Waren, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden.

- Für ein Ende der nationalen Unterdrückung
- Die Avantgarde der Arbeiterklasse in China muss nicht nur für das Recht kämpfen, sich zu organisieren, seine Meinung frei zu äußern, zu demonstrieren und zu streiken, sondern auch für ein Ende der Unterdrückung Xinjiangs :
 - Abschaffung der Massenüberwachung,
 - Schließung von Umerziehungs- und Zwangsarbeitslagern,
 - Stopp der kolonialistischen Siedlungspolitik,
 - Möglichkeit des Unterrichts in uigurischer Sprache auf allen Ebenen und in allen Fächern,
 - Recht der Uiguren und anderer nationaler Minderheiten, sich vom imperialistischen Staat China zu trennen.
 - Der Kampf gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten ist die Voraussetzung dafür, dass das Proletariat seine Kräfte in ganz China vereinen, die Unterdrückten um sich scharen, den Ausbeutern die Macht entreißen und den Weg zur Sozialistischen Föderation von Ost- und Zentralasien ebnen kann.

Das CoReP und seine Sektionen im Internet www.revolucionpermanente.com

Die Gruppe **KLASSENKAMPF** im Internet:
www.klassenkampf.net
Kontakt:
gruppeklassenkampf@tutanota.com

Groupe Marxiste Internationaliste
<https://groupemarxiste.info/>

Internaciema Kolektivista Cirklo
<https://www.ikcirklo.org/>

Patronsuz Dünya
<https://www.patronsuzdunya.com/>



**Gemeinsame Erklärung des Kollektivs Permanente Revolution, des
Provisorischen Komitees für den Wiederaufbau der Internationalen Trotzkiistischen
Opposition und der
Partito Comunista dei Lavoratori (Italien)**

Russischer Imperialismus raus aus der Ukraine!

Seit dem 24. Februar tobt in der Ukraine ein Krieg, der Millionen von Menschen zur Flucht zwingt und Zehntausende Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldat*innen fordert. Der russischen Armee ist es nicht gelungen, die Hauptstadt Kiyv zu nehmen. Sie versucht nun, den gesamten Donbass einzunehmen, indem sie wie in Tschetschenien und Syrien eine Widerstand leistende Stadt nach der anderen durch Bombenangriffe zerstört. Dieser Krieg in Europa erinnert wie der Krieg im Jemen, der von Saudi-Arabien mit Zustimmung der Westmächte geführt wird, die Proletarier*innen in aller Welt daran, dass der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium unweigerlich Kriege und Zerstörung hervorbringt, wenn die Mächtigen unaufhörlich um die Aufteilung und Neuverteilung der Welt kämpfen.

Die Ukraine ist ein wichtiger Streitpunkt zwischen den westlichen und den russischen Imperialismen. Im Jahr 2014 hatte die Ukraine die Mitgliedschaft in der EU und der NATO beantragt, was zu Lasten der früheren Beziehungen zu Russland ging. Doch der russische Imperialismus hatte mit der Annexion der Krim und der Kontrolle über einen Teil des Donbass bereits gezeigt, dass diese Situation für ihn unerträglich ist.

Für den russischen Staat bot die Priorität, welche die US-Regierung dem Kampf gegen den aufstrebenden chinesischen Kapitalismus einräumte, ihr teilweiser Rückzug aus den Ländern Europas und Westasiens sowie ihr ungeordneter Rückzug aus Afghanistan die Gelegenheit, die wirtschaftliche und militärische Umklammerung durch die westlichen Imperialismen zu lockern. Nachdem die westlichen Imperialisten klargestellt hatten, dass sie nicht militärisch eingreifen würden, schickte Putin seine Truppen los, um die Ukraine vollständig zu annektieren oder dort eine Marionettenregierung nach seinen Vorstellungen zu installieren. Am 21. Februar erklärte Putin: „Die Ukraine ist keine Nation, sondern eine Erfindung von Lenin und den Bolschewiki. Stalin versuchte, diese ‚verrückte Erfindung‘ zu reparieren, was ihm jedoch nicht gelang.“

Die internationalistischen Kommunist*innen stehen entschieden auf der Seite des beherrschten Landes gegen die Aggression einer imperialistischen Macht, wie es Lenin und Trotzki immer verteidigt haben. Die Verstärkung des Drucks der NATO auf Russland durch den Ausbau ihrer Militärbasen ist unbestreitbar, aber die interimperialistischen Rivalitäten rechtfertigen keinesfalls, dass die bloße Existenz der Ukraine infrage gestellt wird. Und die Aufgabe des ukrainischen Proletariats wie auch des Weltproletariats besteht darin, auf der Grundlage der Klassenunabhängigkeit dieses Recht auf Unab-

hängigkeit zu verteidigen. Gleichzeitig müssen die Proletarier*innen für die sozialistische Revolution in der Ukraine, für den Internationalismus und für die Föderation der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa kämpfen.

Die ukrainische Regierung ist eine notorisch korrupte bürgerliche Regierung, die ukrainische Armee ist eine bürgerliche Armee, die faschistische Bataillone eingegliedert hat. Aber internationalistische Kommunist*innen verteidigen die Ukraine bedingungslos gegen die russische imperialistische Aggression, so wie sie den Irak oder Serbien, die sich in den Händen bürgerlicher Nationalisten befunden haben, gegen die Aggressionen der US-geführten Koalition der imperialistischen Mächte verteidigt haben. Sie haben ebenso das arabische Volk Palästinas gegen die zionistische Kolonisierung trotz des bürgerlichen Charakters der Führung der palästinensischen Nationalbewegung (Fatah, Hamas) unterstützt, genauso, wie sie den Krieg im Jemen verurteilen, der vom monarchischen und antisemitischen Arabien, das mit den „demokratischen“ Imperialisten verbündet ist, geführt wird.

Weder gestern noch heute ist diese Unterstützung des beherrschten Landes, das Opfer des Imperialismus ist, gleichbedeutend mit einer Unterstützung seines Regimes, seiner Regierung oder einer Unterstützung für Selenskij.

Eine revolutionäre Perspektive zur Verteidigung der Ukraine

Der russische Imperialismus rechtfertigt seine Aggression mit dem Vorwand eines „Völkermords“ an der russischsprachigen Minderheit, die in der Ukraine, insbesondere im Donbass, lebt. In Wirklichkeit werden die Rechte und Freiheiten von Minderheiten von den verschiedenen Imperialismen je nach ihren Interessen benutzt. Im Jahr 2014 verfolgte die ukrainische Regierung die „russische“ Minderheit und arbeitete daran, ihre Verbindungen zu den europäischen und amerikanischen Imperialismen zu stärken. Der russische Imperialismus seinerseits nutzte diese Unterdrückung, um 2014 einerseits die Krim zu annektieren und andererseits die Regionen Donezk und Lugansk im Donbass - auch durch massive militärische Unterstützung - zur Sezession zu drängen. Die Minderheitenrechte der „ukrainischen“ und tatarischen Minderheiten werden dort nicht respektiert.

Mit Lenin unterstützen wir die Achtung der Mehrsprachigkeit und der gleichen Rechte aller nationalen Minderheiten, einschließlich des Rechts auf Autonomie oder Abtrennung.

Aber unter keinen Umständen darf diese Berufung auf die unantastbaren Rechte von Minderheiten zu irgendeiner Nachgiebigkeit gegenüber der russischen imperialistischen Invasion führen.

Die internationalistischen Kommunist*innen sind für die Niederlage des russischen Imperialismus in der Ukraine. Die Ukraine hat das Recht, sich Waffen zur Selbstverteidigung zu beschaffen, auch wenn der US-amerikanische und der europäische Imperialismus, die sie liefern, ihre eigenen Ziele verfolgen. Diese bestehen darin zu verhindern, die Ukraine unter ihrem Einfluss zu belassen. Eine Niederlage der Ukraine würde die Zerschlagung des ukrainischen Proletariats, die Stärkung des russischen Imperialismus und die Stärkung von Putins Diktatur über das russische Proletariat bedeuten. Umgekehrt würde eine Niederlage des russischen Imperialismus den Weg für einen Aufstand des russischen Proletariats ebnen und gleichzeitig dem ukrainischen Proletariat die Möglichkeit geben, sich selbst zu organisieren und für seine eigenen Ziele selbst zu kämpfen! Das ist unsere Perspektive!

Der US-amerikanische und der europäische Imperialismus haben eine ganze Reihe von Sanktionen gegen Russland verhängt, ohne so weit zu gehen, die Gas- und Öllieferungen zu unterbinden, die für die europäischen Kapitalismen nach wie vor unverzichtbar sind. Sie machen ein großes Getöse um das Einfrieren der Vermögenswerte russischer Oligarch*innen. Dieses Einfrieren ist aber keine Enteignung durch das russische Proletariat und kann dank verschiedener Steuerparadiese relativ leicht umgangen werden. Wirtschaftssanktionen wie das Embargo gegen bestimmte russische Importe und Exporte oder die finanziellen Beschränkungen, die zum Verfall des Rubels führen, treffen in erster Linie die russische Bevölkerung und führen beispielsweise dazu, dass Tausende von Arbeiter*innen in den Automobilfabriken arbeitslos werden. Sie bedrohen gleichermaßen die Arbeiter*innen der ganzen Welt.

Außerdem nutzen die westlichen Imperialismen die Situation, um ihre Militärbudgets zu erhöhen und die NATO-Militärbasen um Russland herum auszubauen. Die USA haben 20.000 zusätzliche Soldaten nach Europa geschickt, der französische Imperialismus hat Kontingente von Soldaten nach Rumänien entsandt usw.

Die Aufrechterhaltung des Imperialismus ist eine Geißel für die Menschheit!

Der Krieg in der Ukraine ist ein Wendepunkt in der Weltlage. Er konfrontiert den russischen Imperialismus, der sich die Unterstützung des chinesischen Imperialismus geholt hat, mit den US-Imperialist*innen und den wichtigsten europäischen Imperialismen. Diese achten sehr darauf, die dünne Grenze nicht zu überschreiten, die sie von einer direkten Beteiligung an dem Konflikt trennt, aber dieser Krieg könnte in einen interimperialistischen Krieg umschlagen. Der für Putin untragbare Stillstand der russischen Armee in der Ukraine kann in der Tat zu einer Eskalation der eingesetzten militärischen Mittel führen und so einen interimperialistischen Krieg beschleunigen.

Die Invasion erhöht die bereits beträchtliche Zahl der Vertriebenen weltweit auf über 90 Millionen. Der Krieg in der Ukraine hat bereits dramatische wirtschaftliche Folgen in vie-

len beherrschten Ländern, aber auch für die Proletarier*innen und alle verarmten Schichten in den entwickelten Ländern. Infolge der Unterbrechung der Versorgung mit Getreide aus der Ukraine und Russland, aber auch mit Düngemitteln, verschiedenen Mineralien wie Nickel usw., explodieren die Preise für diese Güter. Durch Spekulationen wird das noch verschärft. So wird in vielen Ländern Westasiens oder Nordafrikas das Brot knapp oder unerschwinglich. Die Preise für Gas und Öl, für die Russland einer der größten Lieferanten ist, setzen ihre wilde Kursentwicklung fort. Die Inflation beschleunigt sich, sie erreicht 8,5 % in den USA, fast 10 % in Spanien, über 61 % in der Türkei, über 55 % in Argentinien, in Algerien dürfte sie über 20 % betragen ... und lässt Löhne, Renten, Sozialleistungen und sonstige Unterstützungszahlungen schmelzen, wenn es sie denn überhaupt gibt. Die Zentralbanken erhöhen die Zinssätze für ihre Darlehen an Banken, das Wachstum verlangsamt sich, die Anzeichen für eine mögliche neue globale kapitalistische Krise mehren sich. Dies verstärkt die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den Regionalmächten. Die Last des Militarismus drückt durch die Erhöhung der Militärbudgets immer schwerer auf die Werktätigen. Während die Kapitalist*innenklasse den Planeten unaufhaltsam in eine ökologische und klimatische Katastrophe stürzt, will sie ihre Profitrate sichern, indem sie die Rechnung für den Krieg und die Krisen auf die Arbeiter*innen und die Bevölkerung der beherrschten Länder abwälzt. Religiöse Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und die Verfolgung von Geflüchteten und Migrant*innen werden offen von den bürgerlichen Regierungen verwendet, um Polizei und Militär aufzurüsten, Freiheiten zu beschneiden und soziale Proteste zu kriminalisieren.

Eine revolutionäre Arbeiter*inneninternationale aufbauen!

Die ukrainischen Gewerkschaftsbürokraten der UPF und der KVPU unterstützen Selinski, so wie die „kommunistische“ Partei der Russischen Föderation KPRF Putin unterstützt. Die Ausrichtung der wichtigsten Gewerkschaftsführer*innen und der reformistischen Parteien (SPD, Labour Party, PS, PCF, PSOE, DSA ...) auf die NATO, die direkte oder indirekte Unterstützung des russischen Imperialismus durch andere reformistische Parteien (Partido dos Trabalhadores, verschiedene „kommunistische“ Parteien) lässt die Arbeiterklasse weltweit gelähmt und ohne eigene Perspektive gegen den Krieg in der Ukraine zurück. Er hat sie in den Rahmen der Unterstützung des eigenen Imperialismus oder einer bloßen Solidarität mit den Opfern des Krieges gezwängt.

Dabei könnte die Mobilisierung des Weltproletariats den Krieg beenden, könnte den Weg für das russische Proletariat ebnen. In Russland wurden Demonstrationen gegen den Krieg gewaltsam niedergeschlagen, aber Jugendliche griffen dort auch Rekrutierungsbüros der Armee an. In der Ukraine hat der Chauvinist Selenski die Oppositionsparteien verboten, das Parlament hat Gesetze zum Schutz der Arbeiter*innen ausgesetzt und Streiks verboten. Eine revolutionäre ukrainische Arbeiterpartei würde sich an die Soldaten der russischen Armee wenden, um sie gegen ihre Regierung und ihren Staat zu richten.

Gegen diese Klassenkollaboration der korrupten Arbeiterbürokratien fordern internationalistische Kommunist*innen die Gewerkschaftsführungen und reformistischen Parteien auf, mit der Bourgeoisie zu brechen. Um den Imperialismus zu besiegen und seine Kriege zu beenden, müssen Arbeiter*innen ihre Parteien und Gewerkschaften zur Bildung einer Einheitsfront unter folgenden Losungen organisieren:

- Russischer Imperialismus raus aus der Ukraine!
- Keine Unterstützung für die NATO oder irgendeinen europäischen oder US-amerikanischen Imperialismus!
- Abzug der Truppen der westlichen Imperialismen aus Mitteleuropa!
- Abzug der US-Truppen aus ganz Europa!
- Auflösung der NATO! Nieder mit den Wirtschaftssanktionen, die vor allem das russische Proletariat treffen!
- Für die sozialistische Revolution in der Ukraine ebenso wie in Russland!
- Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa - von Lissabon bis Wladiwostok!

Die Arbeiter*innen in aller Welt brauchen eine revolutionäre Arbeiter*inneninternationale, die sie aus der Umklammerung durch die Führer*innen der reformistischen Parteien und Gewerkschaftsbürokrat*innen befreit, die das Gift der parlamentarischen Illusionen, des Chauvinismus und von

Kompromissen mit ihrer Bourgeoisie oder ihrem Imperialismus verspritzen.

Gleitende Lohnskala - Anpassung der Löhne an die Inflation! Arbeiter*innenkontrolle über die Tätigkeit der grundlegenden Dienstleistungen und Unternehmen und über die Schließung derjenigen, die nicht lebenswichtig sind! Enteignung der kapitalistischen Konzerne! Arbeiter*innenregierung auf der Grundlage von Arbeiter*innenräten, Zerstörung des bürgerlichen Staates und Auflösung der Berufsarmee, der polizeilichen Repressionskorps und der faschistischen Banden durch die bewaffneten Arbeiter*innen! Von der Bevölkerung beschlossener Produktionsplan zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und der Zukunft der Menschheit! Für eine sozialistische Weltföderation!

18. Juni 2022

*Kollektiv Permanente Revolution (Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)
Provisorisches Komitee für den Wiederaufbau der Internationalen Trotzlistischen Opposition
Partito Comunista dei Lavoratori*

**Gemeinsame Erklärung des Kollektivs Permanente Revolution,
des Provisorischen Komitees für den Wiederaufbau der Internationalen
Trotzkistischen Opposition und der
Partito Comunista dei Lavoratori (Italien)**

Nein zum kriminellen NATO- Erweiterungsabkommen!

Im Jahr 2014, wurden kurdische Kämpfer in den westlichen Ländern als Helden gefeiert, die gegen die als Islamischer Staat-Daech bekannte Terrororganisation kämpften. Weitgehend von der NATO und hauptsächlich vom US-Imperialismus bewaffnet (zu Recht, ohne jeglichen Protest von den Pazifisten, die man heute hört, oder den Putin-Befürwortern), standen sie in diesem Krieg an vorderster Front. Nur wenige protestierten gegen die spätere (unserer Meinung nach völlig falsche) Entscheidung der YPG-PYD, des syrischen Zweigs der türkischen PKK, nicht nur mit ihrer materiellen Unterstützung, sondern an der Seite der US-Truppen weiterzukämpfen.

Um die Türkei in der NATO zu halten, genehmigte Trump 2015 die von Erdogan beschlossene militärische Invasion in Nordsyrien, mit der die PKK-YPG vertrieben werden sollte. Erdogan hatte von 2012 bis 2015 die islamistischen Banden in Syrien (insbesondere die mit Al-Qaida verbundene Al-Nosra) finanziert und ihnen Unterschlupf gewährt.

Heute ist all dies im Namen der Konfrontation mit dem russischen Imperialismus vergessen. Im Mai beschlossen die reformistische Regierung Schwedens (SAV, Sozialdemokratische Partei) und die volksfrontartige Regierung Finnlands (SDP-Kesk-Vihr-Vas-SFP), der NATO beizutreten. Der türkische Staat stellte Bedingungen. Am 29. Juni wurden diese auf dem NATO-Gipfel in Madrid angenommen. Dank Biden wird Erdogan alle Waffen erhalten, die er will, Schweden und Finnland werden sich daran machen, die Verteidigung politischer Flüchtlinge aufzugeben (es werden Listen von Personen erstellt, die abgeschoben werden sollen).

Unsere Verurteilung dieses kriminellen Abkommens könnte nicht größer sein. Die Ausweitung und Stärkung der NATO findet im Rahmen einer weltweiten Konfrontation und morgen vielleicht eines offenen Krieges zwischen den alten imperialistischen Mächten unter Führung der USA und dem neuen imperialistischen Block China-Russland statt, der aus dem

Zusammenbruch und der kapitalistischen Transformation der ehemaligen stalinistischen Regime hervorgegangen ist.

Angesichts dieser Situation, in der die reale Konfrontation zwischen den kapitalistischen Bourgeoisien der beiden Blöcke stattfindet, sprechen wir uns als konsequente Leninisten für revolutionären Defätismus auf beiden Seiten und die Umwandlung der imperialistischen Konfrontation in Bürgerkrieg und sozialistische Revolution aus.

Aber eben, weil wir Leninisten sind, wissen wir zwischen imperialistischen Mächten und nicht-imperialistischen Staaten und Nationen zu unterscheiden. Deshalb stehen wir bedingungslos auf der Seite des kurdischen Volkes gegen alle seine Feinde, ob sie nun Erdogan, Assad, Fatah al-Cham (ex-Al-Nosra) oder Islamischer Staat-Daesh heißen, und für sein Recht, sich mit allen Mitteln bewaffnet zu verteidigen, so wie wir auch weiterhin die Ukraine in ihrem Kampf zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit gegen den Versuch der russischen Oligarchie, sie zu zerstören, unterstützen.

Wir tun dies ohne jegliche politische Unterstützung für die Führer dieser Staaten oder Nationen und immer mit der Perspektive der sozialistischen Revolution.

Aber was bedeutet eigentlich Annexion? Es ist leicht, sich zu überzeugen, dass jeder Protest gegen Annexionen nichts anderes als entweder die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bedeutet oder eine leere pazifistische Phrase ist, die den Status quo verteidigt, und jede Gewalt, sei sie auch revolutionärer Natur, verabscheut. Ähnliche Phrasen sind grundsätzlich falsch und mit dem Marxismus unvereinbar. (Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Februar 1916).

Wir tun dies ohne jegliche politische Unterstützung für die Führer dieser Staaten oder Nationen und immer unter der Perspektive der sozialistischen Revolution.

Natürlich machen wir einen Unterschied zwischen der Regierung Zelensky und einer radikalen kleinbürgerlichen Organisation wie der PKK. Wir unterstützen weder die sozialen

Maßnahmen der nationalistischen PKK-PDY-YPG noch ihren Führerkult (Abdullah Öcalan), ihre anti-arabischen Maßnahmen im Ministaat Rojava und ihre Kompromisse mit dem US-Imperialismus.

Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Verteidigung einer angegriffenen und unterdrückten Nation in jedem Fall eine Pflicht ist, auch in der Ukraine, so, wie es das revolutionäre Russland 1920 für die von dem Bourgeois Kemal beherrschte Türkei gegen das vom britischen Imperialismus unterstützte Griechenland tat.

- Nein zum kriminellen NATO-Erweiterungsabkommen.
- Keine Waffen für das reaktionäre Erdogan-Regime!
- Hände weg von kurdischen Flüchtlingen in Schweden und Finnland!
- Die Terroristen sind nicht die PKK, sondern die NATO und die CSTO (Militärbündnis zwischen Russland und den Satellitenstaaten).
- Für die bedingungslose Auflösung der beiden Militärblöcke.
- Abzug der türkischen, syrischen und iranischen Truppen aus den kurdischen Gebieten.
- Für das Recht auf ein unabhängiges, vereinigtes und sozialistisches Kurdistan im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

29. Juni 2022

Kollektiv Permanente Revolution (Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der Internationalen Trotzkiistischen Opposition

Partito Comunista dei lavoratori (Italien)

Veranstaltung der Gruppe KLASSENKAMPF:

Die Lehren des 12 Februar 1934 – heute

Sonntag, 16. Oktober, 16.00 Uhr

Pankahytt, Johnstraße 45, 1150 Wien

(erreichbar mit U3 und 10A)

★ Aus den Archiven des Marxismus

Die Legende von der „Wiener Kommune“

Aus. New International, 1. Jahrgang, Nr. 1, Juli 1934, S. 14-15

Die New International wurde als Organ der trotzkistischen Communist League of America gegründet, die aus einer Abspaltung von der Kommunistischen Partei hervorging. Die CLA schloss sich im Dezember 1935 mit der American Workers Party (einer linkssozialistischen Gruppe unter Führung von A.J. Muste, James Burnham und anderen) zur Workers Party of the U.S. zusammen. A. Max dürfte das Leitungsmitglied der CLA Max Shachtman gewesen sein.

Die österreichische Arbeiterklasse - besonders die Wiener Arbeiterschaft - hat in den bewaffneten Kämpfen vom Februar einen großartigen Mut, die grimmige Entschlossenheit ihrer Klasse, eine heldenhafte Opferbereitschaft gezeigt. Während in Deutschland das blutige faschistische Regime Hitlers in der Lage war, die volle Macht, den Staatsapparat, die Presse, die Armee, die Polizei zu übernehmen und sich sofort mit beispielloser Bestialität auf die Arbeiterklasse zu stürzen, ohne dass die Arbeiterklasse irgendeinen Widerstand leistete; während in Deutschland die zahlenmäßig starke Kommunistische Partei und erst recht die zahlenmäßig noch stärkere Sozialdemokratische Partei kein einziges Zeichen ihrer Existenz zeigte, als mit dem Brand des deutschen Reichstages das Signal für den gut vorbereiteten faschistischen Terrorkampf gegen alle Arbeiterorganisationen gegeben wurde - wandten sich die österreichischen Arbeiter mit erhobenen Waffen gegen die Wegbereiter des offenen Faschismus, gegen Dollfuß, dessen Funktion darin bestand, ein Gleichgewicht „über den Parteien“ zwischen den an die Macht drängenden Nazis und den bereits aus jedem Anschein von Macht verdrängten Sozialdemokraten zu erzwingen, ein Gleichgewicht, das unter den Kanonenkugeln von Floridsdorf, von Ottakring, von Simmering zerbröckelte.

Die österreichische Arbeiterklasse hat, indem sie sich mit den Waffen in der Hand gegen den blutigen, burlesken Henker Dollfuß erhob, den Arbeitern der ganzen Welt gezeigt, wie mächtig, wie unbesiegbar die Arbeiterklasse sein

könnte, wenn sie sich nur rechtzeitig auf ihre eigene Stärke besinnen würde und wenn diese Stärke eine politische Führung und eine revolutionäre Organisation besäße. Die österreichische



Arbeiterklasse hat in ihrem Kampf eine schwere, eine blutige Niederlage erlitten. Aber die Niederlage der Klasse wurde nicht durch die militärische Niederlage in dem kurzen Bürgerkrieg jener Februartage bestimmt und besiegelt - die Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse wurde erst durch die blutige Niederschlagung des Februaraufstandes nach außen hin offenbart. Und diese Enthüllung, diese Niederlage im Kampf, ist für die Arbeiterklasse der ganzen Welt eine große Lehre.

Die Niederlage wurde durch die Politik der österreichischen Sozialdemokratie besiegelt, die den klarsten Beweis dafür lieferte, dass eine Arbeiterklasse, die

den Reformisten und Opportunisten folgt, ihre eigenen Niederlagen organisiert. Der historische Sinn der Niederlage der österreichischen Arbeiter ist: die „stärkste“, die „radikalste“, die einflussreichste Sozialdemokratie führte die Arbeiterklasse, die ihr folgte, fast ausnahmslos in die schwersten Niederlagen

In Österreich war die Arbeiterklasse nicht „gespalten“: Die Kommunistische Partei hat in Österreich nie eine Rolle gespielt, schon gar nicht 1933 und 1934. Die Schuld an der Niederlage kann also von niemandem auf die „unglückliche Spaltung“ des Proletariats geschoben werden, wie es immer das sentimentale Argument vor allem der professionellen Spalter und Desorganisatoren der Arbeiterklasse, der Reformisten, der Führer der Zweiten Internationale ist. Nirgendwo auf dem Globus war die sozialdemokratische Partei so groß, so gewichtig wie in Österreich. Diese österreichische Sozialdemokratie mit ihrer „austro-marxistischen“ Theorie galt als die Elite-Sektion der Zweiten Internationale.

Und gerade deshalb darf der tapfere Kampf der österreichischen Arbeiter, die besiegt wurden, weil sie der Sozialdemokratie folgten, auf keinen Fall durch eine sozialdemokratische Legende verfälscht werden.

Wenn die Köpfe der Dritten Internationale im Nachhinein den Versuch machen, den Kampf der österreichischen Arbeiter als einen Kampf unter der „Führung“ und unter den „Losungen“ der österreichischen Kommunisten

darzustellen, so ist das einer der üblichen leeren Bluffs der elenden Bürokraten, die es seit Jahren nur verstehen, hinter allen Arbeiterkämpfen hinterher zu hinken, aber ebenfalls im Nachhinein in allen Kämpfen den Ruhm ernten zu wollen, sie „geführt“ zu haben.

Viel gefährlicher aber ist es, dass der Heroismus der Arbeiter Österreichs und Wiens, deren Kampf trotz der Niederlage eine Tradition begründen kann, von der Zweiten Internationale, die als Internationale seit August 1914 tot ist, und von der bankrotten österreichischen Sozialdemokratie mit ihrem Austro-Marxismus“ ausgenutzt wird, um den Leichnam zu beleben und das historische Verbrechen der Austro-Marxisten zu verschleiern. Das liegt daran, dass es überhaupt so weit kommen konnte.

Um ihr Verbrechen zu verschleiern, bedienen sich die Männer der Zweiten Internationale der traditionellen Erinnerung an die Pariser Kommune. „Es lebe die Kommune von Wien“, ruft der Chor der „Söhne der Kommunarden“, von Leon Blum bis Frossard, und der königliche belgische Minister Vandervelde stimmt in den Ruf ein, nur um einige Tage später in herzerreißenden Worten und mit viel mehr Gefühl das „tragische Ableben“ „seines“ Königs zu beklagen. Die Zweite Internationale erscheint wieder als die Internationale der Leichenflederer. Weinen sie nicht auch um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg? Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden von Noske, Ebert, Scheidemann ermordet. Die "Wiener Kommune"? Und die austro-marxistischen Führer als die neuen Kommunarden? Dieselben Führer, die die österreichischen Arbeiter entwaffneten, die Dollfuß „bekämpften“, so wie die deutschen Sozialdemokraten Brüning und Schleicher bekämpften?

Dieses schäbige Täuschungsmanöver der Führer der Zweiten Internationale darf nicht zugelassen werden. Es steht ihnen, den Theoretikern und Praktikern der Koalitions- und Duldungspolitik und der Entwaffnung des österreichischen Proletariats, schlecht an, sich mit den verzweifelten Versuchen des letzten Widerstandes der österreichischen Arbeiter zu schmücken. Die toten Opfer der Bombardements Wiens dürfen nicht dafür herhalten, die Zweite Internationale wie mit Stromstößen wiederzubeleben und ihr Wirken zu behübschen.

Aber es gibt noch einen anderen und mindestens ebenso wichtigen Grund, warum das Schlagwort von der „Wiener Kommune“ abzulehnen ist: Dieses Schlagwort ist falsch.

Denn bei der Pariser Kommune ist es nicht die Niederlage der Pariser Arbeiter, die wichtig ist. Es sind nicht die Massaker der Bourgeoisie Frankreichs unter dem Schutz der preußischen Armee, die der Pariser Kommune ihre historische Bedeutung gaben, sondern genau das Gegenteil. Dass die Pariser Arbeiter 1871 besiegt wurden, das war historisch nicht neu. Dass sie aber geschlagen wurden, nachdem sie versucht hatten, in der Pariser Kommune eine neue Staatsform zu schaffen, **dass es sich um den ersten Versuch der Diktatur des Proletariats handelte - das ist die Bedeutung der Pariser Kommune.**

Marx hat die Pariser Kommune gewissenhaft analysiert. Der *Bürgerkrieg in Frankreich* enthält diese Analyse. Die Kommune von Paris war vor allem eine Regierung der Arbeiterklasse, sie entstand aus dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterklasse, sie war schließlich die politische Form, in der die Emanzipation der Arbeiterklasse realisierbar war. In dem Staatstyp, den die Pariser Kommune schuf, schuf sie das Modell des proletarischen Staates; der bürgerliche Staatsapparat wurde nicht „übernommen“, sondern zerschlagen.

In *Staat und Revolution* führte Lenin diese Marxsche Analyse der Pariser Kommune weiter und vertiefte sie anhand der Erfahrungen der russischen Revolution.

Wenn die Arbeiterklasse die Lehren aus der Pariser Kommune studiert, ist es diese Seite, die sie studiert. In der Tat gedenken wir der Tapferkeit der Pariser Kommunarden, ja, wir behalten die Erinnerung an die brutale Wut der Soldateska der französischen Bourgeoisie und die Freude dieser Klasse über die Massaker in unserem Gedächtnis - aber das allein macht noch lange nicht die Bedeutung der Kommune aus. Ihre Bedeutung ist: die konkrete Staatsform der proletarischen Diktatur zu verwirklichen, unvollkommen, schwach, provisorisch, aber doch so, dass Marx und Lenin aus dieser Erfahrung des lebendigen Kampfes eine der größten Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zie-

hen konnten.

Und das ist genau die Lehre, die von allen Reformisten, einschließlich der Austro-„Marxisten“ abgelehnt wird.

Nur weil die Austro-„Marxisten“ diese Lektion nicht den österreichischen Arbeitern vermittelt haben, nur weil sie sie seit 1918 (nicht anders als die Noskes und Eberts, die Wels und Breitscheids, die Hilferdings und Kautskys, die Vanderveldes und de Mans, die Blums und Frossards, kurzum: alle Reformisten, alle Anhänger der Zweiten Internationale, die sich politisch oder theoretisch zu dieser Frage geäußert haben), die österreichischen Arbeiter in der Illusion erzogen haben, dass alles, was nötig ist, um „an die Macht“ zu kommen, die Übernahme des bürgerlichen Staatsapparates auf die gute demokratische Art sei, wurde das österreichische ebenso besiegt wie das deutsche Proletariat.

So verwirrt und unentwickelt die Führer der Pariser Kommune waren, so waren sie doch gerade in diesem Punkt allen Austro-Marxisten überlegen: Sie sind nicht gegen die spontane Aktion der Pariser Arbeiter aufgestanden (wie die Austro-Marxisten 1918), als diese den bürgerlichen Staatsapparat zerschlugen und einen neuen schufen, die Kommune.

Mit der Überwältigung der Wiener Arbeiter im Februar 1934 wird eine Bilanz abgeschlossen, die nicht unter der Phrase der „Wiener Kommune“ versteckt werden darf. **Es handelt sich um die Bilanz der gesamten Nachkriegspolitik der Zweiten Internationale und ihrer elitären Sektion, den Austro-„Marxisten“.** Aber es geht bei dieser Frage um noch mehr. Die Lehren aus diesem Kampf in Österreich betreffen die Arbeiterklasse der Welt nicht nur als „theoretische“ Auseinandersetzung mit dem Reformismus.

Mit der Zerschlagung der österreichischen Arbeiterklasse durch die Heimwehr ist das dortige Pseudo-Gleichgewicht zerstört. Die Auseinandersetzung in Österreich geht über die Grenzen dieses Staates hinaus. Schon jetzt sind alle europäischen Kabinette beunruhigt, der Krieg, von dem jeder weiß, dass er unvermeidlich ist (und er kann nicht abgewendet werden, wenn die Arbeiterklasse ihn nicht international durch ihre Revolution verhindert), rückt

näher. Wer soll den Krieg verhindern? Die offenen Antagonismen und Widersprüche der einzelnen Staaten sowohl untereinander als auch innerhalb ihrer nationalen Grenzen, die imperialistischen Widersprüche und Antagonismen wie auch die sozialen, wachsen und können jeden Moment den Rahmen sprengen, in dem sie gerade noch zusammengehalten werden. Fünfzehn Jahre nach dem Ende des ersten imperialistischen Weltkriegs stehen wir an der Schwelle zu einem Zyklus neuer imperialistischer Kriege. Das kleine Österreich ist plötzlich zu einem der Knotenpunkte geworden, an denen der Krieg ausbrechen kann. Und nach der deutschen Niederlage von 1933, nach der ungeheuren Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, die nur die Unverschämtesten leugnen können, zeigt die Niederlage der österreichischen Arbeiter im Februar 1934 deutlich genug, was die Arbeiterklasse in Mitteleuropa verloren hat. Das ist es, was die österreichischen Erfahrungen so wichtig macht, deshalb müssen die Entwicklungen, die zum Fe-

bruarkampf führten, bekannt gemacht werden. **Nicht, um das Versäumte zu beklagen, nicht um im Nachhinein zu jammern, nein, sondern um für die Zukunft zu lernen.**

Die Arbeiterklasse der Welt muss sich die Theorie und Praxis des Austromarxismus vergegenwärtigen und die Lehren aus dieser Entwicklung und dieser Niederlage ziehen.

Der revolutionäre Aufschwung, der am Ende des ersten imperialistischen Krieges 1917, 1918, 1919 entstand, brachte nur *einen* Staat vom Typus der Pariser Kommune hervor, die Republik der Sowjets. Die historische Erfahrung seit 1871 hat gezeigt, dass *nur* diese Staatsform der Machtübernahme durch das Proletariat entspricht.

Alle Versuche, „die bürgerliche Demokratie in einen proletarischen Staat auf bürgerlich-demokratische Weise“, friedlich, unter Vermeidung von „unnötigen Opfern“ zu verwandeln; Alle reformistischen Allheilmittel und Konzepte, die

von Anfang bis Ende utopisch sind (und zum größten Teil übrigens nichts anderes sein wollen als die Rettung des kapitalistischen Systems und seiner herrschenden Klasse), all diese Versuche, die von vielen Arbeitern aufrichtig als gültige Versuche akzeptiert wurden, führten nur zu tausendfach mehr Opfern, zu hundertfach mehr Elend, zur Niederlage der Arbeiterklasse und zur Auslösung einer neuen Runde von Kriegen. Das internationale Proletariat muss in gewissem Sinne wieder dort ansetzen, wo es vor zwanzig Jahren hätte beginnen müssen. Wäre Wien wirklich 1918, 1919, 1927 oder gar 1933 zur Kommune geworden - die Weltgeschichte hätte einen anderen Verlauf genommen. Aber Wien wurde es nicht.

Deshalb sind die österreichischen Erfahrungen so sehr dazu geeignet, zur Beschleunigung des Klärungsprozesses beizutragen - deshalb müssen sie studiert werden.

A. MAX

Bündnis 12 Februar

12 Februar: Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus Gedenken heißt kämpfen!

Am 12. Februar 1934 schritten die konsequenten Teile der Arbeiter:innenklasse zum bewaffneten Kampf gegen den Dollfuß-Faschismus. Ein bedeutendes Kapitel der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung, in welchem sich Arbeiter:innen in Oberösterreich, Wien und der Steiermark, aber auch etwa in Ternitz und Würgl, mit der Waffe in der Hand der Errichtung der faschistischen Diktatur entgegen stellten.

Der Aufstand der Februarkämpfer:innen, welche entgegen den abwiegelnden Vorgaben der SP-Führung in den bewaffneten Kampf wagten, blieb isoliert und chancenlos. Ohne Unterstützung durch einen Generalstreik und ohne Massenaktivitäten unterlagen die Arbeiter:innen der austrofaschistischen Front aus Polizei, Bundesheer und Heimwehr. Hunderte starben in den Kämpfen, weitere wurden nach einer standrechtlichen Verurteilung durch die austrofaschistische Justiz ermordet.

Zum ersten Mal nach der Machtübernahme der Faschisten in Italien, Deutschland und Österreich widersetzten sich am 12. Februar Arbeiter:innen bewaffnet dem faschistischen Vormarsch. Viele der nach der Niederlage geflüchteten Februarkämpfer:innen beteiligten sich später an der Einheitsfront im spanischen Bürgerkrieg.

Für uns heißt Gedenken kämpfen: „Gestern und heute: Dem Faschismus entgegentreten!“ Gegen Neofaschistische Umtriebe genauso wie gegen antisemitische und austrofaschistische Kontinuitäten der ÖVP.

Wir wollen eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Kampf. Daher muss der 12. Februar als „Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus“ ein gesetzlicher Feiertag werden.

Die Gruppe KLASSENKAMPF ist Teil des Bündnis 12. Februar. Wir rufen alle Genoss*innen auf, die Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Feiertags am 12. Februar zu unterstützen. Unterschriftenlisten findet ihr auf der Website des Bündnisses: www.buendnis1202.at



Die Hyperinflation in der Türkei

Die in dieser Ausgabe abgedruckte Erklärung des CoReP zur Ernährungskrise basiert zu einem guten Teil auf einem Artikel unserer türkischen Genoss*innen. Wir drucken in der Folge ergänzend den türkeispezifischen Teil, wie er auf der Homepage von Patrosuz Dunya veröffentlicht wurde, ab.

Eines der Länder, die am stärksten von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind, ist die Türkei. Zusammen mit dem Rekordwertverlust der türkischen Lira gegenüber ausländischen Währungen, Rekordinflationsraten, Arbeitslosigkeit und Armut führt die Nahrungsmittelkrise dazu, dass sich der türkische Kapitalismus in einer strukturellen Krise befindet. Unter den G20-Ländern ist die Türkei nach Argentinien das Land mit der höchsten Preissteigerungsrate für Lebensmittel. Laut den im Mai veröffentlichten Daten des türkischen Statistikamts liegt die Lebensmittelinflation bei 89 %. Es ist praktisch unmöglich, dass die Türkei die Hyperinflation, die sie aufgrund der Nahrungsmittelkrise erlebt, unter Kontrolle halten kann. Denn das Land ist bei wichtigen Lebensmitteln und Agrarprodukten wie Mais, Sonnenblumen, Linsen oder Reis vom Ausland abhängig und die Lira erlebt den größten Wertverlust in der Geschichte. Auch der Düngemittelsektor ist rohstoffmäßig vom Ausland abhängig und es wird mit einem Rückgang der nationalen Düngemittelproduktion gerechnet. Diese Situation wird das Arbeitslosenheer zwangsläufig erhöhen. Es wird geschätzt, dass in den letzten 12 Jahren 10 Millionen US-Dollar für die Einfuhr von Fleisch ausgegeben wurden. Es ist offensichtlich, dass die durch die Währungskrise verursachten Preissteigerungen durch die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise durch die Decke gehen werden. Diese Situation wird auf der einen Seite die Dynamik sozialer Explosionen auslösen und auf der anderen Seite das Erdoğan-Regime dazu bringen, noch mehr in Autoritarismus und Staatsterror zu verfallen. Um aus den diversen innenpolitisch Sackgassen herauszukommen, wird das Regime die Kriegskarte spielen. Krieg und Rückungsinvestitionen haben das Potenzial, die gesamte strukturelle Krise des türkischen Kapitalismus zu vertiefen und zu

seinem Zusammenbruch zu führen. Es ist ein militanter Klassenkampf, der alle bestehenden Widersprüche und Zerstörungen beseitigen wird. Andernfalls werden Zerstörung, Hunger, Armut, Elend, Krieg und Rassismus das unausweichliche Ende sein.

Die Tatsache, dass die Türkei bei Grundnahrungsmitteln vom Ausland abhängig ist, obwohl sie ein Land ist, das sich landwirtschaftlich selbst versorgen könnte, die Tatsache, dass sie den Spitzenplatz bei der Lebensmittelinflation einnimmt führt dazu, dass die neoliberale Politik, die seit vielen Jahren in der Landwirtschaft praktiziert wird, kritisiert und in Frage gestellt wird.



Die AKP [bürgerlich-islamische Partei, die der Muslimbruderschaft nahesteht] war in den letzten 20 Jahren allein an der Macht. 53,62 Prozent der türkischen Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt. Jeder Zweite in der Türkei hat entweder vor der AKP-Ära noch nicht gelebt oder ist zu jung, um sich an die Zeit vor der AKP zu erinnern. Diese konkrete Situation hat sowohl in AKP-Kreisen als auch bei der bürgerlichen Opposition zu karikierendem Aberglauben und manipulativen Argumenten über die Türkei vor der AKP geführt. Der Erdoğan-Clique zufolge lebte die Türkei, bevor sie an die Macht kam, in der Steinzeit, und aller Fortschritt kam mit der AKP. Der bürgerlichen Opposition zufolge war die Türkei vor der AKP ein hochdemokratischer, moderner Wohl-

fahrtsstaat, aber die AKP hat alles ruiniert. Diese manipulativen Diskurse werden auch in der Frage der Auslandsabhängigkeit in der Landwirtschaft und bei Lebensmitteln geführt. Es wird behauptet, dass die neoliberale Politik in der Landwirtschaft das Werk der AKP sei. Es stimmt, dass die brutalste und konsequenteste neoliberale Transformationspolitik während der AKP-Zeit durchgeführt wurde. Dieser Prozess begann jedoch nicht mit Erdoğan, und es war auch nicht Erdoğan's persönliche Präferenz. Dies war das Hauptziel, das der türkische Kapitalismus seit den Beschlüssen vom 24. Januar 1980 [dem sogenannten wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramm – die Re-daktion] zu erreichen versuchte.

Um diese Beschlüsse umzusetzen und den Werktätigen alle Errungenschaften zu nehmen, fand der Militärputsch vom 12. September statt. Die radikalen Massenkämpfe der Werktätigen gegen Ende der 80er Jahre konnten die liberalen Angriffe abwehren und ihren Einfluss abschwächen. Alle neuen Regierungen versuchten, die Privatisierungswelle und die liberale Transformation umzusetzen. Insbesondere mit dem IWF-Programm, das von der Vor-AKP-Regierung Ecevit Ende der 90er Jahre umgesetzt wurde, wurden die Grundlagen für die gesamte kapitalistische Zerstörung der Landwirtschaft gelegt. Das IWF-Programm räumte den Quoten in der Landwirtschaft, der Liberalisierung und der Privatisierung in der Nahrungsmittelindustrie höchste Priorität ein. 20 Jahre lang war das gesamte von der AKP umgesetzte Wirtschaftsprogramm dasselbe wie die Beschlüsse vom 24. Januar, das IWF-Programm der Regierung Ecevit - kurz gesagt, das von der türkischen Bourgeoisie beschlossene Wirtschaftsprogramm. Das gesamte wirtschaftliche und politische Programm, das die bürgerliche Opposition in der Türkei heute vorlegt, unterscheidet sich nicht wesentlich vom Programm des Erdoğan-Regimes. Die Alternative der bürgerlichen Opposition zum Erdoğan-Regime besteht darin, ein Erdoğan-Regime mit lächelndem Gesicht und ohne Erdoğan zu errichten.